

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 23/80

Berlin

5. Juni 1980

47. Jahrgang

Entwicklungspolitik im Spiegel der Parteiprogramme

Erst seit einigen Jahren äußern sich die im Bundestag vertretenen Parteien regelmäßig und prononciert zur Entwicklungspolitik. Obwohl sich mit zunehmender weltwirtschaftlicher Bedeutung der Dritten Welt die Standpunkte differenzieren — insbesondere was die Unabhängigkeit der Entwicklungspolitik von der Außen- und Wirtschaftspolitik angeht —, ergibt sich insgesamt aber eine deutliche Übereinstimmung in den Grundpositionen¹.

Gemeinsamkeiten

Der relativ breite entwicklungspolitische Konsens erstreckt sich außer auf den allgemein verwendeten Slogan „Hilfe zur Selbsthilfe“ und die angestrebte Fortentwicklung des Budgetrechts — es soll längerfristige Zusagen ermöglichen —, im einzelnen auf die folgenden Punkte:

— Entwicklungshilfe ist nicht lediglich ein Akt der Humanität, sondern politische Notwendigkeit: In einer Welt, in der gleichzeitig Wohlstand und Massenelend existieren und die Kluft zwischen Nord und Süd eher noch größer wird, kann es keinen dauerhaften Frieden geben. Durch Armut und soziale Spannungen ausgelöste Konflikte in der Dritten Welt haben in zunehmendem Maße weltweite Konsequenzen. Daher bekommt die Politik gegenüber der Dritten Welt für die Bundesrepublik neben der Bündnispolitik und der Ost-West-Entspannung einen immer höheren Stellenwert.

- Bei wachsender ökonomischer Verflechtung und damit zunehmender gegenseitiger Abhängigkeit lassen sich eigene Interessen nicht ohne substantielle Zugeständnisse an die Partner verfolgen.
- Internationale Arbeitsteilung, die dem „Süden“ mehr zugesteht, als nur Rohstofflieferant und Absatzmarkt zu sein, erfordert sukzessiven Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar sind soziale und regionale Härten zu mildern, aber Wirtschaftszweige, die unter Importdruck stehen, können nicht auf Dauerschutz zählen.
- Hilfe soll zurückhaltend gewährt werden, wenn von der Regierung im Empfängerland keine Signale zur Verbesserung der sozialen und politischen Voraussetzungen künftiger Entwicklung gesetzt werden (Kontrolle des Bevölkerungswachstums, Strukturreformen, Beseitigung von Mißwirtschaft).

¹ Der Untersuchung wurden die parteioffiziellen programmatischen Äußerungen zur Entwicklungs-Thematik zugrunde gelegt, soweit sie in (langfristigen) Grundsatzprogrammen, in (mittelfristigen) Orientierungsprogrammen bzw. in Wahlkampfplattformen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind. Darüber hinaus wurden im wesentlichen einschlägige Erklärungen der Parteivorsitzenden zur Kennzeichnung der Positionen herangezogen; außer Betracht blieben hier Deklarationen nachgeordneter Gliederungen der Parteien wie auch ihrer Nachwuchsorganisationen. Politische Äußerungen grundsätzlicher Natur können nicht immer in knappe Formeln gepreßt werden; sie sind meist Ausdruck eines längeren Willensbildungsprozesses. Bei der Menge des durchgesehenen Materials konnten die ausführlichen Formulierungen in der Synopse nur verkürzt wiedergegeben werden.

Entwicklungspolitische Aussagen der im Bundestag vertretenen Parteien

Gegenüberstellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der programmatischen Äußerungen zu zentralen Fragen der Entwicklungspolitik

I. GRUNDFRAGEN			
	CDU, CSU	FDP	SPD
Organisation Nord-Süd-Beziehungen, der Weltwirtschaft	Förderung einer sozial gerechteren Verteilung der Chancen im Welthandel und im Entwicklungsprozeß, insbesondere Verbesserung der Austauschbeziehungen zugunsten der Entwicklungsländer (EL) und der sozio-ökonomischen Voraussetzungen in EL; nur dann konstruktive und kooperative Haltung der EL. Da die EL ein rapide wachsender weltpolitischer Faktor sind, liegt die alte Ordnung auf Dauer auch nicht im Interesse der Industrieländer (IL): Massenarmut und -arbeitslosigkeit birgt weltpolitischen Sprengstoff. Entwicklungspolitik ist daher aktive Friedenspolitik. Keine vertretbare Alternative zur Zusammenarbeit zwischen IL und EL, zum Dialog zwischen Nord und Süd.		
	<ul style="list-style-type: none"> - Nutzung der Ressourcen dieser Welt zum Wohle aller Völker (P 78). - Internationale Soziale Marktwirtschaft als Ziel (T 79). - In der Forderung nach neuer Weltwirtschaftsordnung artikuliert sich Verteilungskampf neuer Dimensionen (P 76). - Gegen jeden Dirigismus (K 76). 	<ul style="list-style-type: none"> - Marktkonforme Reform des Weltwirtschaftssystems zugunsten der EL (H.-D. Genscher). - Verzicht auf dichtes Netz dirigistischer Entscheidungen (T 78). 	<ul style="list-style-type: none"> - Nord-Süd-Ausgleich ist die internationale soziale Frage des ausgehenden 20. Jahrhunderts (P 79). - "Hilfe zur Selbsthilfe" darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele EL über Jahrzehnte auf solidarische Hilfe angewiesen (W. Brandt). - Die reichen Länder werden langsames Ansteigen ihres Wohlstands akzeptieren müssen (P 78).
Verhältnis zur Außenpolitik	Fairer Interessenausgleich. Kontakte und Austausch zur gegenseitigen Bereicherung. Moral und Vernunft gebieten Unterstützung und partnerschaftliche Politik zur Stärkung politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Staaten der Dritten Welt. Streben nach gewaltfreien Lösungen von Konflikten in der Welt. Beitrag zur Durchsetzung der Menschenrechte. Im Bewußtsein wachsender Interdependenz kann bestimmten Problemen (Inflation, Versorgung mit Rohstoffen, Energie und Nahrungsmitteln, Schutz der Umwelt und Nutzung der Meere) nur weltweit entgegengetreten werden.		
	<ul style="list-style-type: none"> - Hilfe muß stärker an dem Ziel der Außen- und Wirtschaftspolitik orientiert werden (P 76). - Entwicklungspolitik ist nicht wertneutral. Aufgabe, sich für unsere Werte in der Welt einzusetzen (P 78). - Geopolitische Offensive der Sowjetunion erfordert engere Zusammenarbeit mit prowestlichen EL (T 79). - Entwicklungshilfe soll grundsätzlich ohne polit. Bedingungen gegeben werden (A 80). 	Gegen alte und neue Einflüßzonen auswärtiger Mächte in der Dritten Welt. Zur Zusammenarbeit mit den Völkern der Dritten Welt gehört auch der kulturelle Dialog (T 78).	<ul style="list-style-type: none"> - EL und IL sind aufeinander angewiesen, da seit Jahrhunderten wirtschaftlich miteinander verflochten (P 77). - Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt ohne Hintergedanken (W 80).
Handelspolitik	Die Exportchancen der Bundesrepublik wachsen mit dem Entwicklungsstand ihrer Handelspartner. Wichtiger als finanzielle Hilfe ist für viele EL eine weltoffene Handelspolitik. Dazu zählt <ul style="list-style-type: none"> - Erweiterung und Vereinfachung der Präferenzbehandlung sowie - Verzicht auf Gegenseitigkeit beim Abbau von Zöllen und anderen Hemmnissen, wie z.B. mengenmäßigen Beschränkungen und komplizierten Einfuhrvorschriften. Protektionistische Maßnahmen gefährden langfristig den optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren. Die weitere Marktöffnung bzw. Eindämmung des Protektionismus muß insbesondere den ärmeren EL zugute kommen, die bisher nur geringe Vorteile aus der Liberalisierung ziehen konnten. Künftig sind in stärkerem Maße auch Agrarerzeugnisse und sensible Produkte einzubeziehen.		
	Bei Öffnung unserer Märkte muß auch der Zugang zu den Energie- u. Rohstoffquellen sowie zu den neuen Märkten gesichert sein (E 75).	Der Wettbewerbsdruck preiswerter Einfuhrgüter bremst auf dem deutschen Markt den Preisanstieg und nützt dem Verbraucher (W 80).	Vermarktungshilfen für "weniger entwickelte Länder" (P 77).
Strukturelle Anpassung	Die Veränderung der internationalen Arbeitsteilung bringt Probleme mit sich. Dennoch gefährdet Protektionismus auf lange Sicht den eigenen Wohlstand und behindert die notwendige Anpassung. Strukturwandel bietet auch Beschäftigungschancen durch Steigerung der Kaufkraft in EL. Insbesondere unsere Investitionsgüterindustrie profitiert davon.		
	Förderung von Ausbildung und Forschung sowie technologisch hochwertiger Produktionen. Unterstützung der Produktionsauslagerung bei geringer Produktivität. Abbau von Erhaltungssubventionen, Gewährung von Anpassungshilfen, Förderung ausbildungs- und forschungsintensiver Produktionen (K 76).	Ausgleich sozialer Härten durch Anstrengungen des Staates und der Wirtschaft bei der Entwicklung hochwertiger Technologien sowie durch Ausbildung von Fachkräften (T 78).	<ul style="list-style-type: none"> - Aktive und vorausschauende Strukturpolitik zugunsten der betroffenen Arbeitnehmer im engen Zusammenwirken mit den Gewerkschaften (P 77). - Produktionsverlagerungen nur dann, wenn sie Staaten gelten, in denen Gewerkschaften und politische Organisationen der Arbeitnehmer unbehindert sind (P 79).
Privatinitiative	Privatinvestitionen und Kooperationen sind keine Entwicklungshilfe im Sinne der international üblichen Abgrenzung.		
	<ul style="list-style-type: none"> - Privatinvestitionen leisten entscheidenden Beitrag zur Entwicklung (K 76). - Private Initiative als Schlüssel für die Industrialisierung der EL (F.J. Strauß). - Förderung stärkerer Absicherung gegen politische Risiken; staatliche Förderung (K 76). - Förderung nur, wenn die Investitionen den entwicklungspolitischen Zielsetzungen entsprechen (P 73). 	Stärkere Kontrolle für multinationale Unternehmen. Der OECD-Verhaltenskodex für "Multis" sollte weltweit angewandt werden. <ul style="list-style-type: none"> - In mittelständischer Industrie bedeutende Reserven für Partnerschaftsprojekte; mit wenig öffentlichen Mitteln bedeutender Multiplikatoreffekt (T 78). - Ausbau des Förderungsinstrumentariums (W 80). 	<ul style="list-style-type: none"> - Privatwirtschaftliche Aktivitäten nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit (P 77). - Förderungsinstrumentarium muß überprüft und ggf. stärker entwicklungspolitisch orientiert werden (P 79).
Quellen: Vorworte der Parteivorsitzenden, in: BMZ-Materialien Nr. 61 ("Entwicklungspolitik - Parteien und gesellschaftliche Gruppen"), Dez. 1978. CDU: Hamburger Parteitag 1973 (P 73); Entwicklungspolitische Leitlinien, Pressemitteilung 13.2.1975 (L 75); Mannheimer Erklärung 1975 (E 75); Entwicklungspolitische Konzeption, verabschiedet vom Präsidium am 14.6.1976 (K 76); Grundsatzprogramm von Ludwigshafen 1978 (P 78); Thesen zur Nord-Süd-Politik 1979 (T 79); Argumente 80, Okt. 1979 (A 80); Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1980 (W 80). CSU: Grundsatzprogramm 1976 (P 76). FDP: Kieler Thesen 1977 (P 77); Thesen zur Dritte-Welt-Politik 1978 (T 78); Entwurf des Wahlprogramms 1980 (W 80). SPD: Bundesparteitag Mannheim 1975, Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985 (P 75, O 85); Bundesparteitag Hamburg 1977 (P 77); Europa-Parteitag Köln 1978 (P 78); Bundesparteitag Berlin 1979 (P 79); Entwurf des Wahlprogramms 1980 (W 80).			

noch: Entwicklungspolitische Aussagen der im Bundestag vertretenen Parteien

II. ELEMENTE DER ENTWICKLUNGSPOLITIK			
	CDU, CSU	FDP	SPD
Ziele	Maßnahmen zur Befriedigung von Grundbedürfnissen. Vorrang hat die Bekämpfung der Armut, d.h. die ärmsten Länder, Regionen und Bevölkerungsgruppen sind die wichtigsten Zielgruppen. Keine Stabilisierung von Systemen der Unterdrückung; hier nur humanitäre Hilfe. Öffentliche Leistungen schaffen vielfach erst die Voraussetzungen für Entwicklung aus eigener Kraft.		
	<ul style="list-style-type: none"> - Doppelte Aufgabe: Beitrag der Hilfe 1. zum Fortschritt der EL, 2. zur Sicherung unserer Existenz (E 75). - Aufbau und Stärkung freiheitlicher Systeme; Beseitigung der sog. Kluft zwischen IL und EL nicht nur utopisch, sondern wegen unterschiedl. Voraussetzungen und Wege freiheitsfeindlich (T 79). 	<ul style="list-style-type: none"> - Instrumente der Entwicklungspolitik nicht zur Erhaltung oder Beseitigung von Regierungen in EL einsetzen. Vergabe unabhängig von der politischen Orientierung der Regierung in EL. - Aufbau und Förderung von Genossenschaften. 	Stärkung des Binnenmarktes in und des Handels zwischen den EL (P 77)
Voraussetzungen in den EL	Wichtiger als Auslandshilfe sind für die Entwicklungschancen die politischen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen in jedem Land. Gewaltverzicht verlangt Rüstungskontrolle auch in der Dritten Welt. Die Änderung ungerechter Macht- und Gesellschaftsstrukturen ist Aufgabe der Bevölkerung in den EL und nicht anderer Regierungen.		
	<ul style="list-style-type: none"> - Lautstarke Verurteilungen von EL, in denen die Menschenrechte mißachtet werden, verbauen in der Regel eine politische Einflußnahme (K 76). - "Fleiß und Leistung, nicht Agitation und Revolution" (W 80). 	<ul style="list-style-type: none"> - Verwirklichung grundlegender Menschenrechte muß ernstlich angestrebt werden (T 78). - Keine Berücksichtigung von Ländern mit erheblichen Rüstungsausgaben (T 78). 	<ul style="list-style-type: none"> - Einhaltung elementarer Menschenrechte als unverzichtbare Basis (P 78). - Landreformen sind geeignet, das Wohlstandsgefälle in den EL abzubauen (P 78). - Kampf gegen Korruption (P 77).
Öffentlicher Ressourcentransfer	Den am wenigsten entwickelten Ländern sollen auf Antrag Schulden erlassen und anstelle von Krediten verlorene Zuschüsse gewährt werden. Finanzkräftigeren Ländern können entsprechend härtere Konditionen zugemutet werden. Rüstungsbegrenzung könnte Mittel für Entwicklungsausgaben freimachen. Die von der UN-Vollversammlung 1970 festgelegte Zielmarke für öffentliche Leistungen zu günstigen Konditionen (Entwicklungshilfe) in Höhe von mindestens 0,7 vH des Bruttosozialprodukts wird im Grundsatz als Verpflichtung akzeptiert.		
	<ul style="list-style-type: none"> - 0,7 vH-Ziel soll schrittweise erreicht werden nach Maßgabe der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Landes (K 76). - Führungsrolle internationaler Organisationen bei weltweiten Entwicklungsproblemen; - sie besitzen bei Großprojekten und bei der Koordinierung mehr Durchsetzungsvermögen (K 76). - Bilaterale Hilfe muß Vorrang vor der multilateralen haben (L 75). 	<p>Oberproportionale Steigerung der Hilfe, um das zugesagte Ziel in der kommenden Legislaturperiode zu erreichen. Als erster Schritt Verdoppelung bis 1982 (W 80).</p> <p>Der Verzicht auf Lieferbindung ist unter den gegebenen Wettbewerbsverhältnissen kein Risiko für die deutsche Wirtschaft und schafft in den EL gute Voraussetzungen für die Zusammenarbeit.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Verbindlicher Stufenplan zur Erreichung des 0,7 vH-Ziels bis spätestens 1985 (P 79). - Ziel muß schrittweise erreicht werden (W 80). - Bilaterale Maßnahmen ermöglichen wirksameren Mitteleinsatz (P 77).
Regionale Prioritäten	Gegenüber den Ländern, die um ihr Überleben ringen ("Vierte Welt"), muß die Hilfe überproportional gesteigert werden. Entwicklungspolitik ist Teil einer Politik, die im Interesse einer geregelten Versorgung mit Rohstoffen und Energie eine engere Zusammenarbeit mit den Erzeugerländern anstrebt.		
	<p>Ebenfalls besonders zu berücksichtigen sind die Länder mit polit. Kooperationsbereitschaft und jene mit strategischer Bedeutung im Ost-West-Konflikt bzw. in bestimmten Regionen (T 79).</p>	<p>Angeichts weltwirtschaftlicher Verflechtung und außenpolitischer Verpflichtungen bei der bilateralen Zusammenarbeit keine regionale Schwerpunktbildung (T 78).</p>	<p>Keine Hilfe bei hohem Pro-Kopf-Einkommen und hohen Zahlungsbilanzüberschüssen (P 77).</p>
Sektorale Prioritäten	Vorrang für die ländliche Entwicklung mit dem Ziel der Steigerung und Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion für den inländischen Markt; dabei Erhaltung und Schaffung möglichst vieler Arbeitsplätze - auch in der Vorleistungsproduktion für die Landwirtschaft (meist Klein- u. Mittelbetriebe). Nahrungsmittelhilfe aus IL darf keinen Dauercharakter haben (kein Ventil für die Verwendung von Agrarüberschüssen), um nicht die Anreize für einheimische Erzeuger zu schwächen. Jedoch weltweite Koordination der Vorratshaltung von Grundnahrungsmitteln für Katastrophenhilfe.		
	<ul style="list-style-type: none"> - Landwirtschaftl. Absatz- und Kreditwesen; - Probleme der Industrialisierung und Urbanisierung nicht vernachlässigen (K 76). 	<ul style="list-style-type: none"> - Angepaßte Gewinnung dauerhaft verfügbarer Energien; - Schaffung v. Bildungsangeboten f. typ. Tätigkeiten im ländl. Raum (W 80). - Kommunikation u. Infrastruktur (T 78). 	<ul style="list-style-type: none"> - Erziehungs- u. Gesundheitsdienste für die arme Bevölkerung; - Sozialer Wohnungsbau (P 79).
III. INSTITUTIONELLE FRAGEN			
Re-Organisation	Bundesrepublik	Stärkere parlamentarische Kontrolle der Mittelverwendung. Fortentwicklung des Haushaltsrechts, um längerfristige Zusagen geben zu können.	
		<ul style="list-style-type: none"> - Verstärkung und Verbesserung der Evaluierung; - Regelmäßige Vorlage eines nach Ländern und Projekten gegliederten Geschäftsberichts; - Schaffung eines interministeriellen Lenkungsausschusses für die auswärtige Politik (K 76). 	<p>Information der Öffentlichkeit über die Mittelverwendung, auch nach Projekten (W 80).</p>
	Internationalen	Reform des internationalen Währungssystems und seiner institutionellen Regelungen. Stärkere Mitwirkung der EL.	
		Mehr Kontrolle bei der Schaffung internationaler Liquidität unter dem Gesichtspunkt der Stabilität.	Stärkere Anpassung der Auflagen des Internationalen Währungsfonds an die entwicklungspolitischen Ziele und Möglichkeiten der Schuldner.
Kooperation	Internat. Organisationen	Die Entwicklungspolitik der Mitglieder der EG sollte harmonisiert werden; bilaterale Politiken könnten besser koordiniert werden. Für eine gemeinschaftliche Politik bietet sich eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Europäischen Entwicklungsfonds an. Die Instrumente der Dritte-Welt-Politik der EG sind weiterzuentwickeln.	
		Die Vereinten Nationen sind bisher ihrer vielschichtigen Ausgleichsfunktion nicht gerecht geworden (T 79).	Die Vereinten Nationen sind als friedensfördernde Institution zu stärken; sie sind unentbehrlich für den Interessenausgleich zwischen Nord und Süd.

- Bei der Vergabe öffentlicher Mittel soll vor allem gewährleistet sein, daß sie einerseits den Ärmsten zugute kommen (Nahrungsmittel und sonstiger Grundbedarf) und daß die breite Bevölkerung an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung teilhat (Ländliche Entwicklung); andererseits sollen die Mittel für die Zusammenarbeit bei rationellem Einsatz von Energie sowie der Erschließung und Nutzung neuer, regenerativer Energiequellen verwendet werden.
- Der öffentliche Ressourcentransfer ist sowohl stärker zu differenzieren (die rückständigsten Länder werden von Altschulden befreit und erhalten mehr Zuschüsse, relativ reiche Länder müssen härtere Konditionen hinnehmen) als auch insgesamt aufzustocken: Das Ziel, jährlich 0,7 vH des Bruttosozialprodukts als Entwicklungshilfe aufzubringen, wird im Prinzip anerkannt. Kapitalmarktmittel sollen über öffentliche Zinssubventionen für die Kreditierung von Entwicklungsvorhaben zu günstigen Konditionen nutzbar gemacht werden.

Unterschiede

Wie zu erwarten, unterscheiden sich die Aussagen in dem gesamten Komplex „Privatinitiative“. Hier geht das Gemeinsame nicht weit über die Abgrenzung dieses Begriffs von der eigentlichen Entwicklungshilfe hinaus. Die Unionsparteien weisen den Privatinvestitionen den entscheidenden Beitrag zur (industriellen) Entwicklung zu und möchten, wie übrigens auch die FDP – diese allerdings mit Betonung des Mittelstands –, die staatliche Förderung von Privatinvestitionen ausgeweitet sehen. Die SPD billigt privatem Kapital zwar eine positive Wirkung zu, möchte das Instrumentarium zur Förderung des privaten Kapitaltransfers (z. B. Entwicklungsländer-Steuer-gesetz, Kapitalschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen) aber gelegentlich überprüft und dabei stärker entwicklungspolitisch ausgestaltet wissen. Die Koalitionsparteien fordern darüber hinaus eine stärkere Kontrolle von transnational operierenden Unternehmen, wobei innerhalb der SPD zusätzlich die Forderung erhoben wird, bei Verletzung des sogenannten OECD-Verhaltenskodex nicht näher erläuterte Sanktionen gegenüber den fraglichen Unternehmen anzuwenden.

Weitere nennenswerte Unterschiede betreffen zum Teil Details der zuvor angesprochenen Hauptpunkte:

- CDU und FDP betonen – unter Ablehnung jeder Art von Dirigismus – in starker Weise das marktwirtschaftliche Element, das die von der Mehrheit der Entwicklungsländer geforderte Neue Weltwirtschaftsordnung kennzeichnen sollte; von der CDU wird eine „Internationale Soziale Marktwirtschaft“ vorgeschlagen.

- Aus den Äußerungen der Unionsparteien spricht die Forderung nach einer Orientierung der Entwicklungshilfe auf die Ziele der Außen- und Wirtschaftspolitik am deutlichsten. In verschiedenen CDU-Dokumenten ist davon die Rede, mit Entwicklungshilfe eine prowestliche Haltung des Empfängerlandes zu honorieren – wengleich laut der Argumentationshilfe für den kommenden Wahlkampf (A 80)² die Hilfe, bei Verständnis für die wechselseitigen Interessen, grundsätzlich doch ohne politische Bedingungen gegeben werden soll. Ein stärker auf Gegenleistung drängendes Eigeninteresse kommt auch bei der CDU-Position zur Handelspolitik, konkret in bezug auf die Bereitschaft zur Markttöffnung bzw. Eindämmung des Protektionismus, zum Ausdruck.

- Im Hinblick auf die Strukturanpassung in der Bundesrepublik wird am stärksten von der CDU, abgeschwächt auch von der FDP, eine Auslagerung von Betrieben aus wenig produktiven Fertigungszweigen in Entwicklungsländer befürwortet. Hier äußert sich die SPD aus Sorge um die Arbeitsplätze sehr zurückhaltend.

- Alle Parteien sind sich in dem Ziel einig, daß die Entwicklungshilfe zu ausreichender Ernährung, Wohnung und Gesundheit beitragen soll („Grundbedürfnisstrategie“). Dabei nehmen FDP und SPD für sich stärker den Grundsatz der politischen Nichteinmischung in Anspruch. Dies schließt nach den programmatischen Äußerungen der Koalitionsparteien nicht aus, daß zumindest fundamentale Menschenrechte gewährleistet sein sollen. Zusätzlich betont die FDP, daß keine Ressourcen in Form erheblicher Rüstungsausgaben verschwendet werden sollen. Die CDU glaubt, die auch von ihr postulierten Menschenrechte nicht durch öffentliche Verurteilung bestimmter Entwicklungsländer durchsetzen zu können. Regelmäßig nimmt die SPD prononciert gegen Rassendiskriminierung im südlichen Afrika Stellung und fordert wirtschaftliche Sanktionen auf EG-Ebene.

- Beim öffentlichen Ressourcentransfer beziehen sich die Differenzen im wesentlichen auf den Zeitplan: Während die CDU für ein schrittweises Vorgehen plädiert, dabei aber keine Frist nennt, hat die SPD auf ihrem letzten Parteitag in einem überraschenden Diskussionsverlauf (gegen den Leitantrag des Vorstandes) mit dem Ruf nach einem verbindlichen Stufenplan eine Terminierung bis 1985 beschlossen, diese Forderung inzwischen jedoch in dem Entwurf der Wahlkampfplattform (W 80) auf die Position der CDU zurückgenom-

² Zur Erläuterung der hier und im folgenden verwendeten Abkürzungen vgl. die Quellenangaben zur Synopse.

men. Zeitlich festgelegt hat sich dagegen die FDP: Verdoppelung bis 1982, Erreichung des 0,7 vH-Ziels bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode.

- Zum quantitativen Verhältnis von bilateral und multilateral vergebener Hilfe – es dürfte ohnehin kaum objektiv bestimmbar sein – haben sich in den Grundsatzpapieren nur CDU und SPD, zudem sehr vorsichtig, geäußert. Die auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinende Haltung der CDU (Vorrang der bilateralen Hilfe, Forderung nach mehr gemeinschaftlicher Politik innerhalb der EG) erklärt sich aus der tiefen Skepsis gegenüber der Wirksamkeit der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen – hier in deutlichem Gegensatz zu SPD und FDP. Offenbar bevorzugen alle Parteien bei diesem Thema Große Anfragen und Entschließungsanträge im Bundestag³, um ihre Position zu verdeutlichen: Die CDU plädiert für eine drastische Kürzung der Mittel für die multilaterale Hilfe zugunsten bilateraler Leistungen zweifellos deshalb, weil bilaterale Maßnahmen überprüfbarer und wirksamer sind. Andererseits haben bei der Lösung bestimmter Probleme internationale Organisationen aber auch nach Meinung der CDU (K 76) eine Führungsrolle und großes Durchsetzungsvermögen. Überdies können Staaten der weltpolitisch stabilisierend wirkenden Gruppe der Blockfreien am zweckmäßigsten über internationale Institutionen gefördert werden.

Über die zentralen Themen der entwicklungspolitischen Diskussion hinaus tragen einige weitere Punkte zur Abrundung der Parteien-Charakterisierung bei. So betont die CDU in ihrem jüngsten Nord-Süd-Papier (T 79), daß Entwicklung ein vielschichtiger Prozeß ist, der politische, soziale, religiöse, kulturelle, geschichtliche, geographische und andere Faktoren umfaßt. In diesem Lichte ist folgende Äußerung zu sehen: „Eine Entwicklungspolitik, die sich die Ermöglichung einer eigenständigen Entwicklung der Entwicklungsländer zum Ziel setzt, kann nicht gleichzeitig internationale Gleichheit anstreben. Eine Strategie, die internationale Gleichheit durch Beseitigung der sogenannten Kluft zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt will, ist nicht nur utopisch, sondern wegen der unterschiedlichen Voraussetzungen und der zum Teil bewußt unterschiedlichen Entwicklungswege der Länder dieser Welt letztlich auch freiheitsfeindlich.“

Bei der Umsetzung der „Strategie der zwei Wege“ der CDU (K 76, T 79), in der das Eigeninteresse und verschiedene Varianten politischer Orientierung der Entwicklungshilfe deutlich formuliert sind, dürfte ohne eine kräftige Etataufstockung für die Gruppe rohstoffarmer, blockfreier und strategisch uninteressanter Länder nur eine äußerst geringe Quote

übrigbleiben, die dem gleichzeitig erhobenen Anspruch, die Ärmsten besonders zu berücksichtigen, zuwiderläuft.

Bei der SPD, wie auch bei der FDP, wird – nicht zuletzt nach dem fehlgeschlagenen ‚Entwicklungsmodell Iran‘ – deutlicher die Unabhängigkeit der Entwicklungspolitik von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierung des Empfängerlandes postuliert. Auch wird die Notwendigkeit von Opfern, und zwar über einen längeren Zeitraum, klarer herausgestellt. Offenbar sind SPD wie FDP bereits stärker willens, auch öffentlich zu vertreten, daß Ressourcentransfer einen gewissen Verzicht auf Wohlstandszuwachs im eigenen Land bedeutet.

Unklar bleibt, welche Haltung die SPD mehrheitlich zum Thema Marktöffnung einnimmt, wenn „vorausschauende Strukturpolitik“ zu Friktionen bei Umsetzungen von Arbeitskräften in andere Regionen der Bundesrepublik und/oder Berufe führt – von der unzulänglichen Zahl neuer Arbeitsplätze ganz zu schweigen.

Schließlich dürfte es die historische Genesis des heutigen Verhältnisses von Industrie- und Entwicklungsländern nicht angemessen beschreiben, wenn die SPD in diesem Zusammenhang von jahrhundertelanger wirtschaftlicher Verflechtung spricht (P 77).

Im Unterschied zu den anderen Parteien mißt die FDP unter den sektoralen Schwerpunkten, mit Hinweis auf den Rang von Wissen und Bewußtsein im Entwicklungsprozeß, auch dem Kommunikationswesen Priorität zu. Der kulturelle Dialog wird ausdrücklich einbezogen und der externe Wettbewerbsdruck ausgesprochen positiv interpretiert.

Überraschend wirkt die Abstinenz der FDP bei den Aussagen zur regionalen Schwerpunktbildung bilateraler Zusammenarbeit. Hier schlägt offenkundig die Globalschau des Auswärtigen Amtes durch, das die Risiken kurzlebiger Allianzen kennt und auf langfristige Präsenz in einer Vielzahl von Ländern setzt.

Im Hinblick auf den Bericht der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ (Brandt-Kommission) lassen die bisherigen Reaktionen der Parteien erkennen, daß weitgehend Konsens in bezug auf das dort für den Zeitraum

³ Vgl. Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU vom 4. 5. 1977 (Entwicklungspolitik), Drucksache 8/345; Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, FDP vom 27. 10. 1977 (Entwicklungspolitik), Drucksache 8/1104; Antrag einzelner MdBs und der Fraktion der CDU/CSU vom 16. 5. 1979 (Steigerung der deutschen Entwicklungshilfeleistungen), Drucksache 8/2861; Große Anfrage einzelner MdBs und der Fraktion der CDU/CSU vom 7. 8. 1979 (Deutsche Entwicklungshilfe in internationalen Institutionen), Drucksache 8/3095.

1980 bis 1985 vorgeschlagene Sofortprogramm besteht⁴.

Resümee

Der Stellenwert der Entwicklungspolitik ist im Laufe der Jahre im Aufgabenfeld der politischen Parteien größer geworden. Dies ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen: Wegen der gewachsenen weltpolitischen Bedeutung der Dritten Welt wird diese in zunehmendem Maße als Partner behandelt, und die Verknüpfung der Vergabe von Entwicklungshilfeleistungen mit der Wahrung eigener Interessen hat die Öffentlichkeit gegenüber den Problemen der Entwicklungsländer aufgeschlossener gemacht; dies wiederum ist auch ein Stimulans für Aktivitäten der Parteien.

Das Profil der Parteien tritt erwartungsgemäß bei der Frage der Einschätzung der Wirkungen des privatwirtschaftlichen Engagements in Entwicklungsländern und seiner Förderung durch staatliche Mittel am deutlichsten hervor. Auch das Ausmaß, in dem der Außen- oder Wirtschaftspolitik der Vorrang eingeräumt wird, kann als Gradmesser der Unterschei-

dung herangezogen werden. Allerdings ist dies ein ambivalentes Kriterium, weil der Nutzen für andere Politikbereiche schließlich auch von der Effizienz der Entwicklungshilfe abhängig ist. Sie braucht also auch ihre autonomen Maßstäbe, und die Politik gegenüber der Dritten Welt ist auf dem Wege, als eigenständiger Politikbereich Gestalt anzunehmen.

Relative Einmütigkeit besteht in bezug auf die Hauptzielgruppen für den Einsatz bilateral vergebener öffentlicher Mittel. Allerdings befinden sich alle Parteien dann auch gemeinsam in einem Dilemma, wenn arme Empfängerländer Regierungen haben, die ihre Macht im Inneren repressiv einsetzen. Wie weit die Gemeinsamkeiten wirklich reichen, wird sich spätestens dann erweisen, wenn die weitere Erhöhung der Etatansätze des BMZ, die von allen Parteien gefordert wird, gegen konkurrierende Ansprüche anderer Ressorts durchgesetzt werden muß.

⁴ Die Koalitionsfraktionen haben zur letzten entwicklungspolitischen Debatte am 25. 4. 1980 den Antrag eingebracht, die Vorschläge von der Bundesregierung prüfen zu lassen und ggf. bereits in die Neufassung der entwicklungspolitischen Konzeption zu übernehmen, die Anfang Juni im Kabinett verabschiedet werden soll.

Zur Produktionsentwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

Das Produktionsvolumen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe stieg im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorquartal — saisonbereinigt — um 2 vH, gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 6,4 vH. Beim verarbeitenden Gewerbe allein betrug der Produktionszuwachs gegenüber 1979 sogar 6,6 vH, während der Bergbau im ersten Vierteljahr knapp 3 vH weniger förderte als ein Jahr zuvor.

Alle Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes wiesen gegenüber dem ersten Quartal 1979 Zuwachsraten auf. Den stärksten Produktionszuwachs (7,9 vH) erzielte das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Die beträchtliche Rate ist allerdings überwiegend durch das niedrige Produktionsniveau dieses Bereichs im ersten Vierteljahr 1979 bedingt. Der Streik in der Stahlindustrie sowie besonders schlechte Witterungsbedingungen, unter denen hauptsächlich die bauabhängigen Gewerbebezüge litten, hatten 1979 die Erzeugung in den ersten Monaten des Jahres erheblich beeinträchtigt. Der Vorjahresvergleich verdeckt daher die Tatsache, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte im Grundstoffbereich 1980 deutlich schwächer geworden sind;

denn gegenüber dem letzten Vierteljahr 1979 wurde die Produktion saisonbereinigt kaum noch erhöht.

Einige Gewerbebezüge im Grundstoffbereich haben ihre Produktion in letzter Zeit sogar gedrosselt. In der eisenschaffenden Industrie, die bereits im dritten Quartal des vergangenen Jahres ihren konjunkturellen Höhepunkt überschritten hatte, setzte sich der Rückgang allerdings nicht mehr fort.

In der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden war die Erzeugung in den ersten drei Monaten dieses Jahres saisonbereinigt geringer als im Vorquartal. Nach der sehr kräftigen Expansion im Verlauf des vergangenen Jahres blieb das Produktionsniveau jedoch hoch; es überschritt im ersten Quartal dieses Jahres den entsprechenden Vorjahresstand um knapp 30 vH.

In der Holzbearbeitung, der Zellstoff- und Papiererzeugung, den Eisen-, Stahl- und Tempergießereien sowie in den Ziehereien und Kaltwalzwerken wächst die Erzeugung nur noch schwach bzw. stagniert schon, so daß auch hier der günstige Vorjahresvergleich (zwischen 4 und 9 vH) die neuerdings schwache konjunkturelle Entwicklung verdeckt.

Die NE-Metallerzeugung, die NE-Metallhalbzeugwerke sowie die chemische Industrie sind die einzigen Zweige im Grundstoffbereich, die ihre Produktion auch im ersten Quartal dieses Jahres saisonbereinigt noch deutlich erhöht haben. Die NE-Metallindustrie profitierte von der recht guten konjunkturellen Entwicklung in der Elektrotechnik, die von der regen Investitionstätigkeit und zunehmender Nachfrage nach elektrotechnischen Verbrauchsgütern getragen wird.

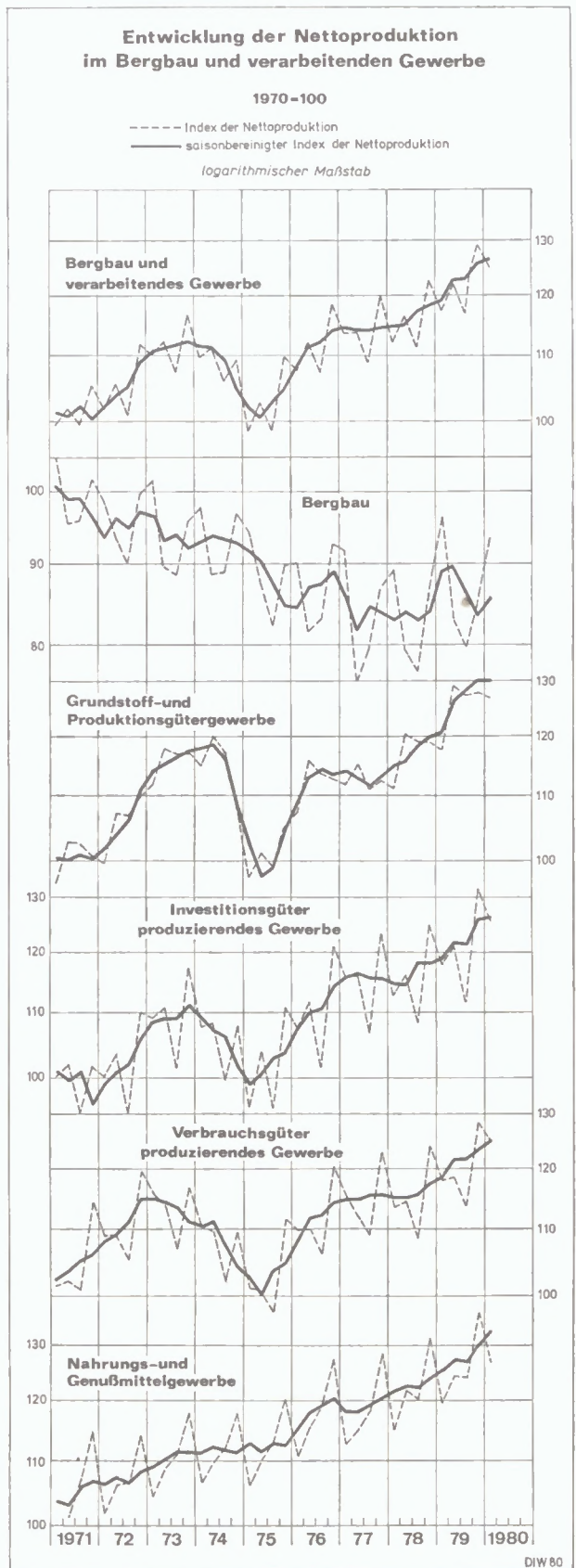
Die Elektrotechnik, die schon seit Beginn des vergangenen Jahres ihre Produktion kräftig erhöht hat, erzeugte im ersten Quartal dieses Jahres immerhin um 3,5 vH mehr Waren als im Vorquartal; sie steigerte damit ihren Output überdurchschnittlich. Dieser Sektor wird nicht nur von der allgemein guten Investitionstätigkeit begünstigt, sondern auch von den merklich erhöhten Investitionen der Bundespost.

Im Durchschnitt des gesamten Investitionsgüter produzierenden Gewerbes betrug die Produktionszunahme im ersten Quartal 1980 2 vH. Der Aufschwung in dieser Hauptgruppe des verarbeitenden Gewerbes hat sich damit bis in die jüngste Zeit fortgesetzt und nun auch Gewerbebezüge erfaßt, die über Jahre hinweg stagnierten bzw. schrumpften.

Erzeugnisse des Maschinenbaus wurden bis zuletzt in zunehmendem Maße vom Inland wie vom Ausland geordert, so daß inzwischen die Reichweite der Auftragsbestände in diesem Gewerbebezug ungefähr 6 Monate beträgt. Der gestiegenen Nachfrage hat sich die Produktion angepaßt; nach jahrelanger Stagnation ist seit Beginn des vergangenen Jahres wieder eine deutlich expansive Entwicklung zu beobachten, die auch in den ersten Monaten dieses Jahres anhielt. Eine Ursache der Belebung im Maschinenbau ist die Rohölverteuerung. Sie zwingt die Wirtschaft dazu, verstärkt Energie einzusparen, was in vielen Wirtschaftszweigen die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien erfordert.

Dies gilt auch für den Schiffbau, der – nach vielen Jahren der Schrumpfung – seit mehr als einem Jahr seine Produktion wieder deutlich steigert und inzwischen auch über ein höheres Auftragspolster verfügt.

Bemerkenswert ist ebenfalls die Lage im Stahl- und Leichtmetallbau, der nach drei Jahren rückläufiger Entwicklung seit Anfang 1979 wieder expandiert. In einigen Sparten dieses Gewerbebezeuges war die Nachfrage so lebhaft, daß auch hier der Auftragsbestand gestiegen ist. Begünstigt wurde der Stahlbau von der guten konjunkturellen Entwicklung der gewerblichen Bautätigkeit. Aber auch die rege Investitionstätigkeit im Kohlenbergbau wie der wieder in Gang kommende Bau von Kohlekraftwerken beleben die Produktion im Stahlbau.



Die Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren sowie die Stahlverformung haben in den ersten Monaten dieses Jahres die Erzeugung gegenüber dem Vorquartal weiter erhöht und damit ein Produktionsniveau erreicht, das um rund 12 vH über demjenigen des entsprechenden Vorjahrszeitraums liegt. Die rege Inlandsnachfrage nach Verbrauchsgütern trug diese lebhaft Expansion.

Aus dem Bereich des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes befindet sich nur der Straßenfahrzeugbau in einer Phase rückläufiger Produktion. Dies ist insbesondere auf die verminderte Nachfrage nach Personenkraftwagen zurückzuführen. Dagegen hielt sich der Absatz von Nutzfahrzeugen und Kfz-Teilen auf hohem Niveau und milderte den Abschwung in der gesamten Branche.

Auch im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe setzte sich der konjunkturelle Aufschwung in den ersten drei Monaten dieses Jahres fort. Die Zunahme der Produktion betrug hier gegenüber dem Vorquartal, saisonbereinigt knapp 3 vH. Das Produktionsvolumen war um 5,6 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zu den Gewerbezweigen, die im Schatten des Aufschwungs blieben, zählen die Feinkeramik, die Herstellung von Musikinstrumenten und Spielwaren, das Ledergewerbe sowie das Bekleidungs-gewerbe. Dagegen erfreuten sich viele Gewerbezweige einer regen Nachfrage und konnten ihre Produktion bis zuletzt intensivieren. Neben dem gestiegenen Absatz an den Einzelhandel kommt der Zulieferung an andere Wirtschaftszweige große Bedeutung zu. So profitierten die Hersteller von Flachglas von der zunehmenden Nachfrage der Wohnungswirtschaft, so daß trotz der nachlassenden Belieferung des Straßenfahrzeugbaus die Erzeugung von Flachglas weiterhin erhöht werden konnte.

Die Papier- und Pappeverarbeitung sowie die Herstellung von Kunststoffwaren hatten unter anderem einen steigenden Bedarf an Verpackungsmaterial zu decken. Die zunehmende Aktivität der Werbewirtschaft veranlaßte die Druckerei und Vervielfältigung, ihre Produktion bis zuletzt kräftig auszudehnen.

Auch das Textilgewerbe, das einige Jahre sein Produktionsniveau gerade halten konnte, erhöhte seit Beginn des vergangenen Jahres seinen Output kontinuierlich. Im ersten Vierteljahr stieg die Produktion gegenüber dem Vorquartal nochmals um 3,8 vH, gegenüber dem gleichen Vorjahrsquartal um 7 vH. Neben einer — besonders in den ersten Monaten dieses Jahres — regen Nachfrage aus dem Ausland hat die Ausstattung neuer Wohnungen mit Textilien in besonderem Maße zur Produktionsbelegung beigetragen.

Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe gewinnt in zunehmendem Maße neue Absatzmärkte im Ausland. So ist der Auslandsumsatz im vergangenen Jahr um 10,8 vH gestiegen, während im Inland nur 4,1 vH mehr Nahrungs- und Genußmittel abgesetzt wurden. In den ersten Monaten dieses Jahres nahm der Export weiter überdurchschnittlich zu. Die Produktion ist im ersten Vierteljahr 1980 um 2 vH gegenüber dem Vorquartal erhöht worden.

Ausblick

Im weiteren Verlauf des Jahres wird das Produktionswachstum im verarbeitenden Gewerbe merklich an Tempo verlieren. Retardierende Effekte sind in zunehmendem Maße aus dem Grundstoffsektor zu erwarten. Hier werden vor allem die Stahlindustrie, die Mineralölverarbeitung sowie die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden die Produktion nicht mehr erhöhen, sondern eher wieder einschränken.

Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe wird der Straßenfahrzeugbau die Fertigung deutlich zurücknehmen und damit auch weniger Vorprodukte abnehmen. Dagegen werden die überwiegend Investitionsgüter herstellenden Gewerbezweige ihren Output weiterhin — wenn auch langsamer als bisher — steigern. Dafür sprechen die allgemein hohen Auftragsbestände, die anhaltend gute Ordertätigkeit und die generell hohe Kapazitätsauslastung. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe wie im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe werden zunehmend die dämpfenden Effekte spürbar, die vom privaten Verbrauch ausgehen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

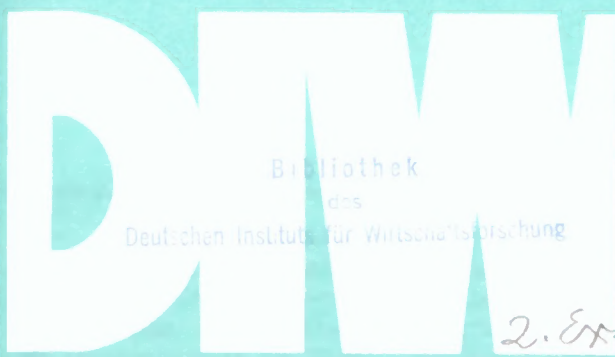
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Entwicklungspolitik im Spiegel der Parteiprogramme. Bearbeitet von Siegfried Schultz. —

Zur Produktionsentwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe. Bearbeitet von Arthur Boneß.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.



Entwicklungstendenzen der Welt-Rohstahlerzeugung und
der Versorgung mit Eisenerz bis zum Jahre 1990 255
Nur vorübergehende Exportbelebung 260

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 24/80

Berlin

12. Juni 1980

47. Jahrgang

Entwicklungstendenzen der Welt-Rohstahlerzeugung und der Versorgung mit Eisenerz bis zum Jahre 1990

Die jüngsten Produktionsergebnisse der Stahlindustrie bestätigen, daß sich die Stahlkonjunktur in der westlichen Welt nach dem Einbruch im Jahre 1975 und einer Periode der Ungewißheit weiter gefestigt hat. Nach dem bemerkenswerten Zuwachs der Welterzeugung um rund 4 vH im Jahre 1979 zeigen die Zahlen der ersten 4 Monate von 1980 aus wichtigen Erzeugerländern (Bundesrepublik Deutschland + 5,2 vH, Frankreich + 20,8 vH, Italien + 10,0 vH, Japan + 4,7 vH), daß auch in diesem Jahr das Vorjahrsergebnis übertroffen werden dürfte; für die USA (-7,4 vH) ist dagegen infolge nachlassender Binnenkonjunktur wiederum mit einem Rückgang der Stahlproduktion zu rechnen.

Im Zeitraum 1969 bis 1973 nahm die Welt-Rohstahlerzeugung um jährlich durchschnittlich 4,2 vH zu — von 577 Mill. t auf einen vorübergehenden Höchststand von 707 Mill. t, der wegen der nachfolgenden Rezession erst im Jahre 1978 überschritten wurde (Abbildung 1). Für den gesamten Zeitraum bis zum Jahre 1979 (746 Mill. t) errechnet sich ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von nur 2,6 vH.

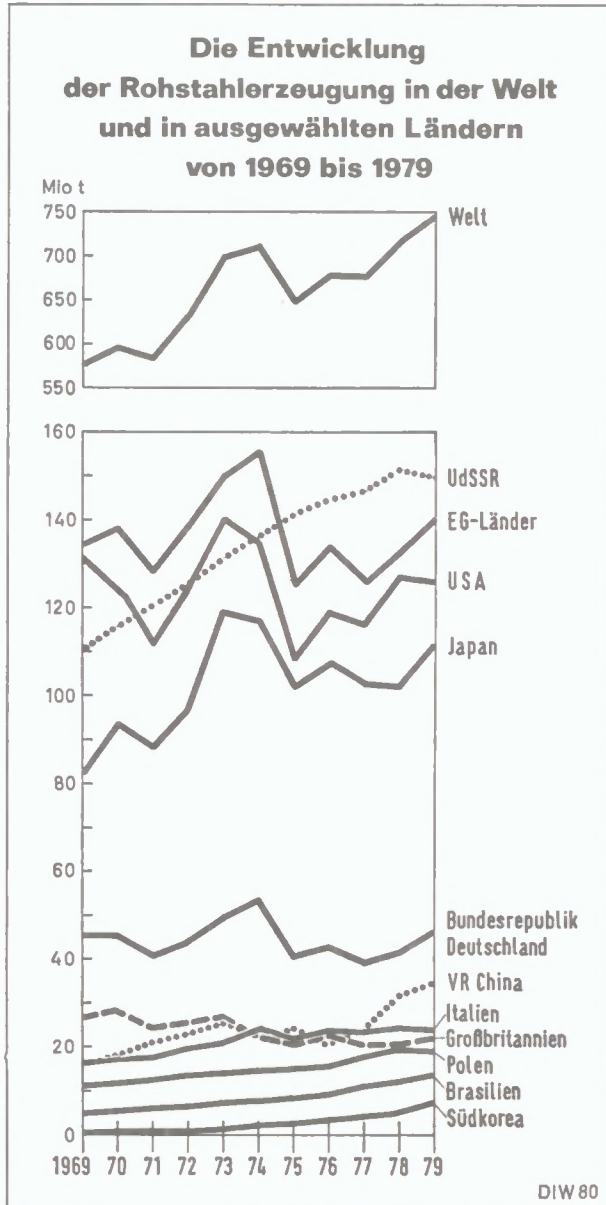
In der Struktur der Welt-Rohstahlerzeugung zeichnen sich bereits seit Anfang der 70er Jahre — und verstärkt nach 1975 — Veränderungen ab, die durch ein abgeschwächtes Wachstum der Rohstahlproduktion in den meisten großen westlichen Industrieländern und durch zunehmende Konkurrenz neuer Erzeugerländer gekennzeichnet sind. Strukturveränderungen zu Lasten der traditionellen Rohstahl-

Erzeugerländer sind vielfach die Folge ungünstig gewordener Binnenstandorte auf häufig nicht mehr wettbewerbsfähigen Erz- und/oder Kohlelagerstätten. Diesen Hüttenwerken fehlen kostengünstige Transportverbindungen vor allem zum Bezug hochwertiger Übersee-Erze sowie zum Export ihrer Erzeugnisse.

Etwa zwei Drittel des Rohstahls wurden 1979 in Ländern der westlichen Welt erzeugt — jeweils rund 23 vH in Westeuropa und Amerika und knapp 19 vH in Asien (ohne Staatshandelsländer). Der im Vergleich zu 1969 niedrigere Anteil Westeuropas und Amerikas wie auch der gesamten westlichen Welt resultiert insbesondere aus der stagnierenden oder nur noch wenig steigenden Erzeugung in den USA und in wichtigen alten Erzeugerländern Westeuropas (z. B. Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien). Dagegen hat sich in Japan, zahlreichen Entwicklungsländern (z. B. Brasilien, Südkorea, Indien, Mexiko, Taiwan) und in Staatshandelsländern (z. B. UdSSR, VR China, Polen, Rumänien) die Rohstahlerzeugung bedeutend erhöht.

Die unterschiedliche Entwicklung nach Kontinenten und Ländern wird sich in der absehbaren Zukunft verstärkt fortsetzen, wie eine jüngst veröffentlichte Prognose des DIW¹ ergeben hat. Die Rohstahlpro-

¹ In: Untersuchungen über Angebot und Nachfrage mineralischer Rohstoffe, Band 12, Eisenerz. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover, und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Dezember 1979. Gutachten im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft, Bonn. In Kommission: E. Schweizerbart'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.



gnose basiert sowohl auf einer kritischen Berücksichtigung der bestehenden Ausbauplanungen und neuer Technologien als auch auf einer weitgehend sektoralen Untersuchung des Stahlverbrauchs, die sich auf das erwartete Wachstum des Bruttosozialprodukts und der Produktion relevanter Industriezweige in den einzelnen Ländern stützt. Es ist damit zu rechnen, daß weltweit das künftige Wirtschaftswachstum nicht zuletzt infolge der sich weiter fortsetzenden Energieverteuerung deutlich schwächer ausfallen wird als in der Vergangenheit. Danach wird die Welt-Rohstahlerzeugung von 746 Mill. t im Jahre 1979 auf 914 Mill. t im Jahre 1985 und auf 1 055 Mill. t im Jahre 1990 steigen; dies entspräche einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 3,2 vH im gesamten Zeitraum. Der Anteil der westlichen

Welt von etwa 65 vH wird sich nicht verändern (Tabelle 1).

Da erhebliche Teile des Massenstahls in Westeuropa künftig nicht mehr zu wettbewerbsfähigen Preisen herzustellen sein werden, wird sich der Anteil Westeuropas von 23 auf 20 vH verringern, derjenige der EG-Länder sogar von 19 auf 15 vH. Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland wird von derzeit knapp 6 auf unter 5 vH zurückgehen; dies entspricht einer Erzeugung von knapp 50 Mill. t im Jahre 1990.

Der Anteil Amerikas an der Welt-Rohstahlerzeugung von derzeit knapp 23 vH wird sich bis 1990 kaum verändern, da das unterproportionale Wachstum der Stahlerzeugung in den USA durch ein überproportionales Wachstum in Lateinamerika kompensiert werden wird.

Der Anteil Asiens (ohne Staatshandelsländer) wird von knapp 19 auf 20 vH im Jahre 1990 steigen, wobei die höheren Zuwachsraten nicht mehr in Japan liegen werden, sondern z. B. in Indien, Indonesien, Südkorea und der Türkei.

Obwohl sich die Anteile der meisten Staatshandelsländer an der Welterzeugung verringern werden, wird der Anteil dieser Länder wegen des überproportionalen Wachstums der Rohstahlerzeugung in der VR China bis zum Jahre 1990 bei etwa einem Drittel verharren.

Im Jahre 1990 werden die UdSSR, die USA und Japan weiterhin die größten Rohstahlerzeuger sein, dann aber gefolgt von der VR China vor der Bundesrepublik Deutschland; Brasilien und Polen dürften bis zu diesem Zeitpunkt das Niveau Italiens und Frankreichs erreicht oder sogar überschritten haben. Auffallend hohe Zuwachsraten sind vor allem für die jungen Rohstahlerzeuger unter den Entwicklungsländern Asiens (ohne Staatshandelsländer), Afrikas und Lateinamerikas zu erwarten, wie auch für bereits etablierte Erzeuger dieser Region, z. B. Südkorea, Taiwan, Brasilien und Mexiko. Nicht zuletzt unter dem Einfluß dieser Konkurrenz wird sich in den traditionellen westlichen Rohstahl-Erzeugerländern der Trend zum Qualitätsstahl verstärkt fortsetzen.

Die Erzeugung von Rohstahl basiert weltweit zu etwa zwei Dritteln auf Roheisen und zu etwa einem Drittel auf Eisen- und Stahlschrott. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich das Roheisen-/Rohstahlverhältnis weltweit in engen Grenzen (0,71 bis 0,74) bewegt. Wegen des weiter schnell zunehmenden Anteils des Stranggusses an der gesamten Rohblockerzeugung wird das Aufkommen von Kreislaufschrött in der Zukunft immer weniger mit der Entwicklung der Rohstahlerzeugung Schritt halten, so daß mit einer Verknappung an hochwertigem Schrott zu rechnen ist. Eine gewisse Entlastung dürfte aber durch die

Tabelle 1

Rohstahlerzeugung in der Welt 1969 und 1979 sowie Prognose bis 1990

	Rohstahlerzeugung in Mill.t				Anteil in vH		durchschn. jährliche Zuwachsrates in vH	
	1969	1979	1985	1990	1979	1990	1969/79	1979/90
BR Deutschland	45,3	46,0	47,9	49,9	6,2	4,8	0,2	0,7
Frankreich	22,5	23,4	24,8	26,2	3,1	2,5	0,4	1,0
Großbritannien	26,8	21,6	22,9	24,5	2,9	2,3	-2,1	1,2
Italien	16,4	24,0	27,8	30,5	3,2	2,9	3,9	2,2
übrige EG-Länder	23,7	25,0	27,4	28,9	3,4	2,7	3,8	1,3
EG-Länder	134,7	140,0	150,8	160,0	18,8	15,2	0,4	1,2
Österreich	3,9	4,9	5,2	5,6	0,7	0,5	2,3	1,2
Schweden	5,3	4,7	5,8	6,6	0,6	0,6	-1,2	3,1
Spanien	6,0	12,1	16,4	19,5	1,6	1,9	7,3	4,4
übriges Europa	5,5	9,5	11,7	14,0	1,3	1,3	5,6	3,6
Europa ¹⁾	155,4	171,2	189,9	205,7	23,0	19,5	0,8	1,7
Indien	6,5	9,4	13,7	16,5	1,3	1,6	3,8	5,2
Japan	82,2	111,8	127,1	135,8	15,0	12,9	3,1	1,8
Südkorea	0,4	7,6	14,2	20,2	1,0	1,9	34,2	9,3
Taiwan	0,3	4,3	9,0	13,0	0,6	1,2	30,5	10,6
übriges Asien	1,5	5,3	16,0	25,8	0,7	2,4	13,5	15,5
Asien ¹⁾	90,9	138,4	180,0	211,3	18,6	20,0	4,4	3,9
Republik Südafrika	4,6	8,8	10,0	11,7	1,2	1,1	6,7	2,6
übriges Afrika	0,7	2,5	7,6	13,9	0,3	1,3	13,6	16,9
Afrika	5,3	11,3	17,6	25,6	1,5	2,4	7,9	7,7
Brasilien	4,9	13,8	22,5	30,0	1,8	2,8	10,9	7,3
Kanada	9,3	16,1	19,4	22,3	2,2	2,1	5,6	3,0
Mexiko	3,5	7,0	11,5	15,0	0,9	1,4	7,2	7,2
USA	131,2	126,1	140,1	147,5	16,9	14,0	-0,4	1,4
übriges Amerika	3,7	5,9	13,2	21,6	0,8	2,1	4,8	12,5
Amerika	152,6	168,9	206,7	236,4	22,6	22,4	1,0	3,1
Australien/Ozeanien	7,1	8,4	9,5	10,6	1,1	1,0	1,7	2,1
Westliche Welt	411,3	498,2	603,7	689,6	66,8	65,3	1,9	3,0
DDR	5,2	7,1	8,0	8,8	1,0	0,8	3,2	1,8
Polen	11,3	19,1	24,0	27,0	2,6	2,6	5,4	3,2
Rumänien	5,5	12,8	19,0	24,0	1,7	2,3	8,8	5,9
Tschechoslowakei	10,8	15,0	18,0	20,0	2,0	1,9	3,3	2,6
UdSSR	110,3	149,5	180,0	203,0	20,0	19,3	3,1	2,8
VR China	16,0	34,4	47,0	65,0	4,6	6,2	8,0	6,0
übrige Staatshandelsländer	6,6	10,0	14,1	17,4	1,3	1,6	4,2	5,2
Staatshandelsländer	165,7	247,9	310,1	365,2	33,2	34,7	4,1	3,6
Welt insgesamt	577,0	746,1	913,8	1 054,8	100,0	100,0	2,6	3,2

1) ohne Staatshandelsländer

Quellen: Statistisches Bundesamt, Eisen und Stahl, Düsseldorf, vierteljährlich;
U.S. Bureau of Mines, Mineral Trade Notes, Washington, D.C., monatlich
und Berechnungen des DIW

zunehmende Verfügbarkeit von Eisenschwamm auch als Schrottersatz eintreten, so daß sich das Hochofenroheisen-/Rohstahlverhältnis in der Zukunft nicht nennenswert verändern wird.

Von 1969 bis 1979 hat sich die Roheisenerzeugung in der Welt von 411 Mill. t auf knapp 529 Mill. t erhöht, wobei die Veränderungen in der Länderstruktur der skizzierten Entwicklung bei der Rohstahlerzeugung weitgehend entsprechen (Tabelle 2). Wegen des fortbestehenden engen Zusammenhangs zwischen Roheisen- und Rohstahlerzeugung sind für die künftige Roheisenerzeugung sehr ähnliche Entwicklungstendenzen zu erwarten wie für Rohstahl. Insgesamt

wird sich die Roheisenerzeugung in der Welt von 529 Mill. t im Jahre 1979 auf 678 Mill. t im Jahre 1985 und auf 789 Mill. t im Jahre 1990 erhöhen.

Roheisen wird im wesentlichen aus Eisenerz erzeugt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden verstärkt agglomerierte Feinerze (Sinter und Pellets) an Stelle von Stückerzen verwendet, weil sich dadurch die Hochofenleistung steigern ließ. Seit 1973 werden in der Welt für die Roheisen- und Rohstahlerzeugung jährlich 810 bis 880 Mill. t Eisenerz verbraucht. Der spezifische Verbrauch geht leicht zurück und beträgt gegenwärtig knapp 1 700 kg Erz, bezogen auf die Tonne Roheisenerzeugung. Unter Be-

Tabelle 2
Roheisenerzeugung in der Welt 1969 und 1979 sowie Prognose bis 1990

	Roheisenerzeugung in Mill.t				Anteil in vH		durchschn. jährliche Zuwachsrates in vH	
	1969	1979	1985	1990	1979	1990	1969/79	1979/90
BR Deutschland	33,8	35,2	35,8	37,3	6,6	4,7	0,4	0,5
übrige EG-Länder	62,4	63,3	70,2	75,0	12,0	9,5	0,1	1,6
übriges Europa	12,4	18,4	23,1	26,5	3,5	3,4	4,0	3,4
Europa ¹⁾	108,6	116,9	129,1	138,8	22,1	17,6	0,7	1,6
Japan	58,1	83,7	103,0	111,1	15,8	14,1	3,7	2,6
übriges Asien	8,7	17,1	37,0	51,2	3,2	6,5	7,0	10,5
Asien ¹⁾	66,8	100,8	140,0	162,3	19,0	20,6	4,2	4,4
Afrika	4,9	8,4	15,2	22,4	1,6	2,8	5,5	9,3
USA	86,6	78,9	91,0	95,3	14,9	12,1	-0,9	1,7
übriges Amerika	14,6	31,4	53,8	72,7	6,0	9,2	8,0	7,9
Amerika	101,2	110,3	144,8	168,0	20,9	21,3	0,9	3,9
Australien/Ozeanien	6,1	7,7	9,9	11,3	1,5	1,4	2,4	3,5
westliche Welt	287,6	344,1	439,0	502,8	65,1	63,7	1,8	3,5
UdSSR	81,6	109,0	129,5	145,3	20,6	18,4	2,9	2,6
übrige Staatshandelsländer	41,9	75,6	109,3	141,1	14,3	17,9	6,1	5,8
Staatshandelsländer	123,5	184,6	238,8	286,4	34,9	36,3	4,1	4,1
Welt insgesamt	411,1	528,7	677,8	789,2	100,0	100,0	2,5	3,7

1) ohne Staatshandelsländer

Quellen: Statistisches Bundesamt, Eisen und Stahl, Düsseldorf, vierteljährlich;
U.S. Bureau of Mines, Mineral Trade Notes, Washington, D.C., monatlich
und Berechnungen des DIW

rücksichtigung der sich weiter verändernden Mollerzusammensetzung und des zunehmenden Anteils hochwertiger Importerze errechnet sich, daß der Eisenerzverbrauch in der Welt auf 1,12 Mrd. t im Jahre 1985 und auf 1,30 Mrd. t im Jahre 1990 steigen wird.

Noch bis Ende der 50er Jahre konnte der Eisenerzverbrauch auch westeuropäischer Industrieländer in erheblichem Maße aus inländischer Bergwerkförderung gedeckt werden. Seitdem hat sich diese Versorgungssituation für zahlreiche große Verbraucherländer grundlegend verändert:

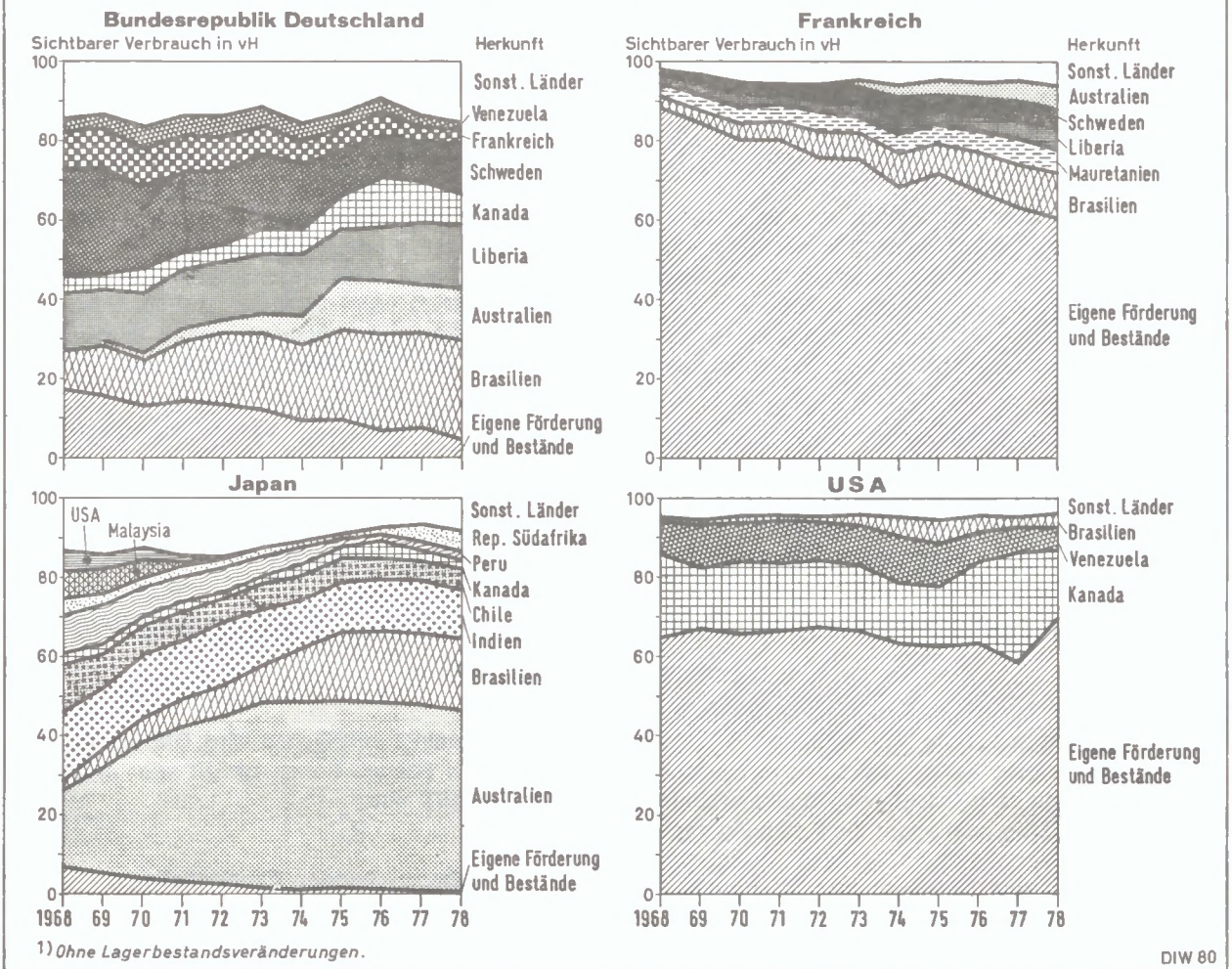
- Die vergleichsweise minderwertigen Erze können vielfach nur unter ungünstigen Abbaubedingungen gewonnen werden.
- Der Bezug hochwertiger und kostengünstig gewinnbarer Eisenerze aus Übersee wurde durch den Einsatz immer größerer Schiffseinheiten und andere Fortschritte im Seetransport wirtschaftlich attraktiv.
- Die Entwicklung in der Hochofentechnik setzt den Einsatz hochwertiger Eisenerze voraus, wobei sich der Erzeinsatz je Tonne Roheisenerzeugung und damit der spezifische Koks- beziehungsweise Energiebedarf verringern.

Unter den 25 größten stahlerzeugenden Ländern

mit einem Anteil von derzeit 95 vH an der Welt-Rohstahlerzeugung sind, nach Produktionsvolumina geordnet, wichtige Industrieländer – wie Japan, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Großbritannien, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Rumänien, die DDR, die Niederlande, Luxemburg und auch Südkorea – überwiegend oder sogar vollständig von Eisenerzimporten abhängig. Dagegen sind andere bedeutende Stahlerzeugerländer auch heute Selbstversorger bzw. sogar Nettoexporteure von Eisenerz (z. B. die UdSSR, Kanada, Brasilien, Indien, Australien und Schweden) oder versorgen sich zu mehr als 50 vH aus eigener Bergwerkserzeugung (z. B. USA, VR China, Frankreich, Spanien, Republik Südafrika, Mexiko und Österreich). Für Frankreich, Spanien und Österreich ist die zunehmende Einfuhrabhängigkeit jedoch ebenfalls zu erkennen. In der Abbildung 2 ist die Entwicklung der Eisenerzversorgung (in Bruttogewicht) am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, Japans, Frankreichs und der USA für Länder mit völliger Importabhängigkeit bis zu weitgehender Selbstversorgung dargestellt.

Infolge zunehmender Fremdversorgung hat sich das Volumen des Welt-Eisenerzhandels seit dem Ende der 60er Jahre nahezu verdoppelt, während die inländische Eisenerzförderung beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland seitdem auf etwa ein Viertel zurückgegangen ist.

Anteil von Importen und eigener Förderung am sichtbaren Verbrauch ¹⁾ von Eisenerz von 1968 bis 1978



Für die Deckung der prognostizierten künftigen Eisenerznachfrage stehen riesige Lagerstättenvorräte zur Verfügung, deren sichere und wahrscheinliche Kategorien allein – selbst unter der Annahme einer durchschnittlichen jährlichen Fördersteigerung um 3 bis 4 vH – bis in die Mitte des nächsten Jahrhunderts reichen.

Die reibungslose Versorgung der Welt-Stahlindustrie mit den erforderlichen großen Eisenerzmengen setzt die rechtzeitige Errichtung entsprechender neuer Förderkapazitäten zur Deckung der wachsenden Nachfrage und auch zum Ersatz auslaufender Grubenbetriebe voraus. Bei durchschnittlichen Investitionen im Eisenerzbergbau in einer Größenordnung von zur Zeit 100 US-\$ je Tonne Jahreskapazität und im Hinblick auf den vorausberechneten künftigen Eisenerzbedarf sind bis zum Jahre 1990 für die erforderliche Kapazitätserweiterung weltweit Investitionen von mehreren 10 Mrd. US-\$ notwendig.

Unter dem Einfluß der letzten Rezession in der Stahlindustrie mit entsprechend geringer Nachfrage nach Eisenerz sind zahlreiche Grubenprojekte zurückgestellt worden. Angesichts der inzwischen eingetretenen Nachfragebelebung und der mehrjährigen Entwicklungszeit derartiger Grubenprojekte sind nun Investitionsentscheidungen größeren Ausmaßes unaufschiebbar. Weitere Verzögerungen, möglicherweise verbunden mit unvorhersehbaren politischen Entwicklungen in einzelnen Hauptförderländern – wie jüngst in Liberia, das mit 17 vH am westdeutschen Eisenerzimport beteiligt ist –, könnten insbesondere bei hochwertigen Erzen in der Zukunft zu vorübergehenden Angebotsverknappungen führen. In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, daß seit einigen Jahren Staatshandelsländer in steigendem Maße als Käufer auf dem Welt-Eisenerzmarkt auftreten.

Die weltweite Steigerung der Rohstahlerzeugung hat den Eisenerzmarkt schon zunehmend belebt und zu Preiserhöhungen um durchschnittlich 20 vH bei den jüngst ausgehandelten Lieferkontrakten geführt. Auch weiterhin sind stärkere Preiserhöhungen zu erwarten, bedingt durch das anstehende hohe Investitionsvolumen sowie steigende Energiekosten für Gewinnung, Aufbereitung und Transport der Erze.

Infolge der hohen Konzentration des Eisenerzangebots auf wenige Länder sind Preissteigerungen relativ leicht durchsetzbar. Derzeit entfallen zusammen allein 46 vH des Erzexports in der westlichen Welt auf Australien und Brasilien sowie jeweils 7 bis 9 vH auf Kanada, Schweden, Indien und Liberia.

Wegen der weiter zunehmenden Importabhängigkeit großer Verbraucherländer und der Konzentration auch neuer Grubenprojekte in bereits heute bedeutenden Erzexportländern — deren wichtigste bis auf Brasilien und Kanada in der AIEC (Association of Iron Ore Exporting Countries) zusammengeschlossen sind — wird sich die Tendenz zu Einflußnahmen auf den Eisenerzmarkt verstärken. Als ein Indiz hierfür sind die Kontaktgespräche zwischen dem AIEC-Land Australien und Brasilien über eine gemeinsame Marktstrategie zu sehen. Allerdings sind auch von einem gegebenenfalls erweiterten Zusammenschluß eisenerzexportierender Länder keine der OPEC vergleichbaren Einflußnahmen auf die Weltwirtschaft zu erwarten, zumal in der AIEC auch Verbraucherinteressen vertreten sind.

Nur vorübergehende Exportbelebung

Zur Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im ersten Quartal 1980

Die reale Warenausfuhr (Spezialhandel) ist im ersten Quartal dieses Jahres, trotz des ruhigen konjunkturellen Verlaufs in wichtigen Abnehmerländern überraschend kräftig gestiegen; die Erhöhung gegenüber dem Vorquartal beträgt — nach Ausschaltung des Arbeitstage- und Saisoneffekts¹ — rund 6 vH. Wahrscheinlich haben Vorzieheffekte wegen einer erwarteten kräftigen Verteuerung vieler Exportgüter hierbei eine Rolle gespielt. Der Export von Investitionsgütern dürfte durch den Anstieg der Energiekosten, der zu energiesparenden Investitionen anregt, Impulse erhalten haben.

Das Expansionstempo der realen Wareneinfuhr (Spezialhandel) hat sich insgesamt merklich verlangsamt. Dies ergab sich vor allem durch die Stagnation der Bezüge von Fertigwaren-Vorerzeugnissen.

Der reale Exportüberschuß hat sich bei der unterschiedlichen Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr nach dem Rückgang in der zweiten Jahreshälfte 1979 deutlich erhöht. Wegen der weiteren Verschlechterung der Terms of Trade war die Zunahme in jeweiligen Preisen jedoch merklich geringer. Allerdings hat dieser Überschuß ausgereicht, das gestiegene Defizit in der Dienstleistungsbilanz zu kompensieren. Der traditionell negative Saldo der unentgeltlichen Leistungen hat sich hauptsächlich wegen zunehmender Aufwendungen an Entwicklungsländer wiederum erhöht. Die Leistungsbilanz

weist mit nominal reichlich 6 Mrd. DM saisonbereinigt ein etwa ebenso hohes Defizit wie im Jahresendquartal 1979 aus.

Überraschender Exportanstieg bei den Grundstoffindustrien

Die starke Exportausweitung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wurde hauptsächlich von Erzeugnissen der chemischen Industrie getragen. Dabei dürften Vorzieheffekte angesichts des erneuten Ölpreisschubs besonders Produkten mit einem hohen Anteil dieses Rohstoffs gegolten haben. Die Ausfuhren von Eisen und Stahl sind nur geringfügig gesteigert worden; der Rückgang im Vorquartal konnte nicht wettgemacht werden.

An der kräftigen Erhöhung der Ausfuhr von Investitionsgütern waren vor allem die klassischen Investitionsgüterbranchen, nämlich der Maschinenbau und die Elektroindustrie, beteiligt. Dabei hat das Exportvolumen des Maschinenbaus im Berichtsquartal das entsprechende Vorjahresniveau mit rund 16 vH übertroffen, während die Ausfuhren von elektrotechnischen Investitionsgütern nur gerade wieder den Anschluß an den Vorjahresstand erreichten, den sie seit Frühjahr 1979 teilweise deutlich unterschritten hatten.

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

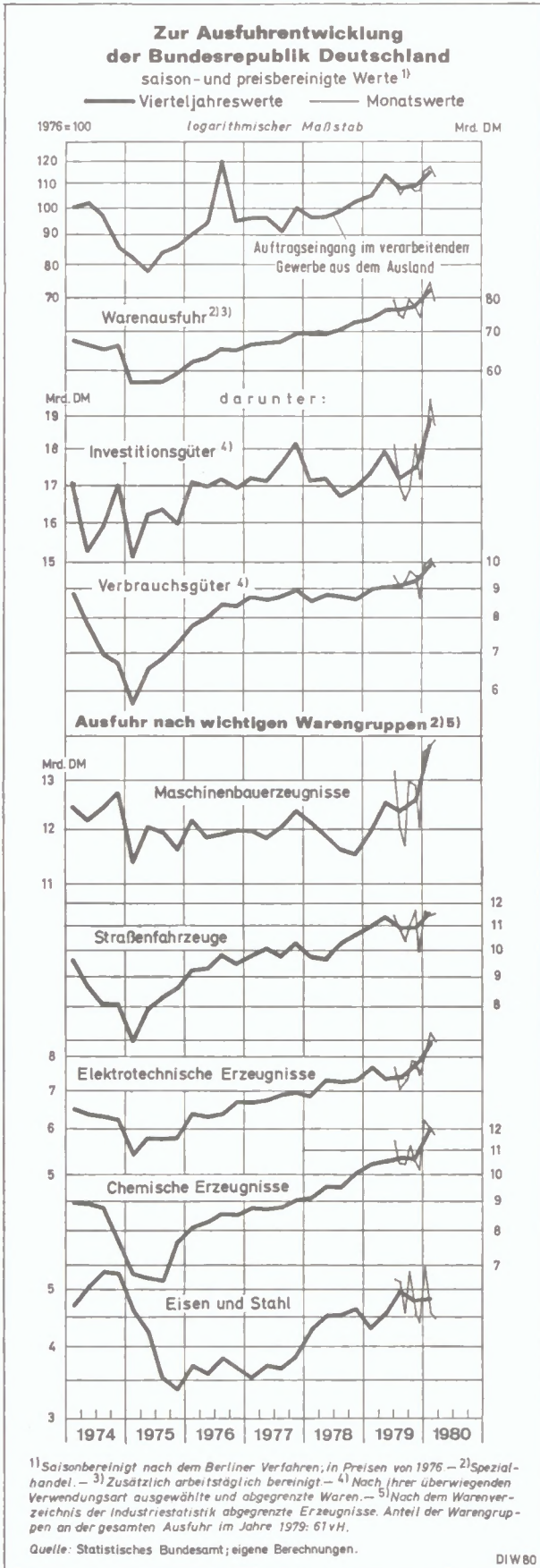
Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo der Bundesrepublik Deutschland
In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Ursprungswerte								Saison- ¹⁾ und arbeitstäglich bereinigte Werte					
	1977	1978	1979	1979				1980		1979				1980
				I	II	III	IV	I	I	II	III	IV	I	
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)														
Ausfuhr	330,6	348,6	381,9	90,0	93,2	95,9	102,8	107,2	91,5	94,2	97,3	99,7	108,5	
Waren	268,4	279,2	308,5	72,7	77,2	75,0	83,6	87,1	73,7	77,0	78,0	80,7	87,8	
Dienste	62,2	69,4	73,4	17,3	16,0	20,9	19,2	20,1	17,8	17,2	19,3	19,0	20,7	
Einfuhr	301,1	311,5	369,4	82,0	89,9	99,0	98,5	106,4	84,5	90,8	94,8	100,1	108,3	
Waren	224,8	231,3	280,0	63,1	68,6	70,5	77,8	83,1	63,5	68,1	71,8	77,2	83,1	
Dienste	76,3	80,2	89,4	18,9	21,3	28,5	20,7	23,3	21,0	22,7	23,0	22,9	25,2	
Salden:														
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	29,5	37,1	12,5	8,0	3,3	-3,1	4,3	0,8	7,0	3,4	2,5	-0,4	0,2	
Waren	43,6	47,9	28,5	9,6	8,6	4,5	5,8	4,0	10,2	8,9	6,2	3,5	4,7	
Dienste	-14,1	-10,8	-16,0	-1,6	-5,3	-7,6	-1,5	-3,2	-3,2	-5,5	-3,7	-3,9	-4,5	
Obertragungen ²⁾	-20,3	-19,6	-23,2	-5,6	-6,2	-5,3	-6,1	-6,8	-5,6	-6,2	-5,3	-6,1	-6,8	
Leistungsbilanz ³⁾	9,2	17,5	-10,7	2,4	-2,9	-8,4	-1,8	-6,0	1,4	-2,8	-2,8	-6,5	-6,6	
Nachrichtlich: Leistungsbilanz ⁴⁾ (entsprechend der Zahlungsbilanz- Abgrenzung)	9,8	17,5	-10,5	2,9	-3,1	-8,5	-1,8	-5,3	2,5	-2,9	-3,6	-5,8	-6,0	
Veränderung ⁵⁾ in vH gegenüber dem														
	... Vorjahr							... Vorquartal						
Ausfuhr	5,9	5,4	9,6	8,8	8,0	11,4	10,0	19,2	1,6	3,0	3,3	2,5	8,7	
Waren	6,2	4,0	10,5	9,5	9,6	12,1	10,8	19,9	1,9	4,4	1,3	3,4	8,8	
Dienste	4,7	11,7	5,7	5,9	0,5	8,9	6,9	16,3	0,6	-3,1	12,0	-1,3	8,5	
Einfuhr	6,2	3,5	18,6	12,6	16,4	22,4	22,3	29,8	4,2	7,4	4,5	5,6	8,1	
Waren	5,4	2,9	21,0	13,8	17,1	25,7	27,1	31,7	5,2	7,3	5,4	7,5	7,5	
Dienste	8,7	5,1	11,5	8,6	14,0	14,8	7,4	23,2	1,3	7,8	1,8	-0,5	10,2	
Zu Preisen von 1970 (Mrd. DM)														
Ausfuhr	234,9	245,3	257,6	62,5	63,4	64,1	67,6	69,4	63,3	64,1	65,3	65,4	70,0	
Waren	193,3	200,2	212,8	51,5	53,5	51,4	56,4	57,4	52,0	53,5	53,6	54,1	57,7	
Dienste	41,6	45,1	44,8	11,0	9,9	12,7	11,2	12,0	11,3	10,6	11,7	11,3	12,3	
Einfuhr	207,9	220,1	242,5	57,3	59,5	63,4	62,3	64,5	58,5	60,3	61,2	62,9	65,4	
Waren	156,7	168,8	188,6	45,4	46,6	46,4	50,2	50,8	45,4	46,6	47,6	49,3	50,6	
Dienste	51,2	51,3	53,9	11,9	12,9	17,0	12,1	13,7	13,1	13,7	13,6	13,6	14,8	
Salden:														
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	27,0	25,2	15,1	5,2	3,9	0,7	5,3	4,9	4,8	3,8	4,1	2,5	4,6	
Waren	36,6	31,4	24,2	6,1	6,9	5,0	6,2	6,6	6,6	6,9	6,0	4,8	7,1	
Dienste	-9,6	-6,2	-9,1	-0,9	-3,0	-4,3	-0,9	-1,7	-1,8	-3,1	-1,9	-2,3	-2,5	
Veränderung ⁵⁾ in vH gegenüber dem														
	... Vorjahr							... Vorquartal						
Ausfuhr	4,3	4,4	5,0	6,4	3,9	6,3	3,6	11,0	0,7	1,3	1,8	0,2	7,0	
Waren	5,1	3,6	6,3	7,6	5,7	7,4	4,5	11,5	1,0	2,8	0,2	1,0	6,6	
Dienste	0,5	8,3	-0,6	0,9	-4,8	1,9	-0,9	9,1	-0,7	-5,6	10,0	-3,1	8,3	
Einfuhr	4,7	5,9	10,2	11,5	8,4	12,1	8,8	12,6	1,9	3,0	1,6	2,7	4,0	
Waren	4,5	7,7	11,7	13,5	8,9	13,3	11,4	11,9	2,7	2,6	2,2	3,7	2,6	
Dienste	5,0	0,2	5,1	4,2	6,8	8,8	-0,6	15,5	-0,8	4,3	-0,2	-0,8	9,0	
Nachrichtlich: Terms of Trade ⁶⁾ Veränderung in vH	97,2	100,4	97,5	100,5	97,4	95,9	96,2	93,6	100,3	97,7	96,5	95,5	93,5	
	0,0	3,3	-2,9	1,3	-3,2	-4,0	-5,5	-6,9	-1,1	-2,6	-1,2	-1,1	-2,1	

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.-2) Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben; nicht saisonbereinigt.-

2) Außenbeitrag und Saldo der Obertragungen.- 4) Ohne Leistungsverkehr mit der DDR; Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.- 5) Berechnet auf der Basis ungerundeter Daten.- 6) Deflator der Ausfuhr in vH des Deflators der Einfuhr; Index (1970 = 100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.



Der Export des Straßenfahrzeugbaus ist nach der Stagnation im letzten Quartal von 1979 merklich ausgeweitet worden. Dies gilt sowohl für Lastkraftwagen als auch für Personenkraftwagen. Beschleunigt zugenommen haben die Auslandslieferungen des feinmechanischen und optischen Gewerbes sowie des Eisen-, Blech- und Metallgewerbes. In beiden Branchen geht das Anstiegstempo der Lieferungen weit über das der Bestellungen hinaus; diese Entwicklung spricht für einen Abbau der Auftragsbestände aus dem Ausland. Verstärkt rückläufig waren dagegen die Exporte von Büromaschinen.

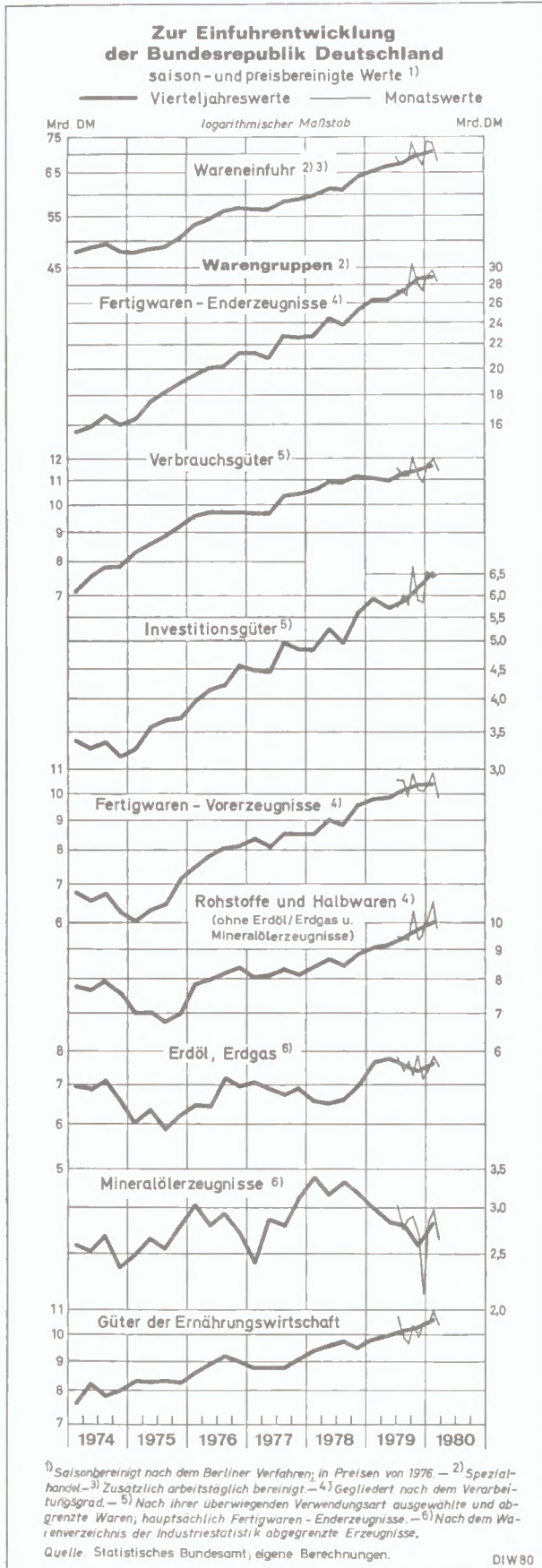
Bei den Verbrauchsgütern erstreckt sich die Zunahme der Exporte hauptsächlich auf langlebige Konsumgüter. So konnten vor allem elektrotechnische Verbrauchsgüter vermehrt ins Ausland geliefert werden. Die Ausfuhr von Schuhen, Textilien und Bekleidung hat dagegen wiederum nur geringfügig zugenommen.

Exportexpansion in die OPEC-Länder . . .

Die regionale Exportentwicklung läßt erkennen, daß die Lieferungen in die übrigen EG-Länder preis- und saisonbereinigt insgesamt schwächer gestiegen sind als die Exporte in die Länder außerhalb der EG. Nur in dieser groben Gliederung werden indes die Exporte in der Statistik auch real nachgewiesen. Nominal sind die Ausfuhr – nach wichtigen Handelspartnern im Bereich der Industrieländer betrachtet –, besonders nach Schweden, Österreich, Italien, Großbritannien, in die Schweiz und in die USA ausgeweitet worden. Zu dem beschleunigten Anstieg des Exports in die USA haben vermehrte Lieferungen von Investitionsgütern und Kraftfahrzeugen (einschließlich Kraftfahrzeugteilen) beigetragen. Im Falle Großbritanniens wurden die Exporte durch die bei steigendem Wechselkurs des Pfundes verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produkte begünstigt, ferner dadurch, daß es in diesem Land im Gefolge des Stahlstreiks zu Produktionsausfällen gekommen war.

Sehr kräftig haben die Ausfuhr in die OPEC-Länder zugenommen. Dies war vor allem durch den Anstieg der Lieferungen nach Iran, Irak und Nigeria bedingt. Im Falle Iran dürfte der drohende Handelsboykott der EG-Länder den Ausschlag gegeben haben. Insgesamt beträgt die Veränderungsrate der Exporte in die OPEC-Länder gegenüber dem vierten Quartal 1979 saisonbereinigt 24 vH – das ist mehr als das Doppelte der Veränderungsrate des gesamten nominalen Exports.

In die Entwicklungsländer (ohne OPEC) sowie in die Staatshandelsländer sind die Ausfuhr nominal ebenfalls ausgeweitet worden, so daß der Rückgang im vierten Quartal 1979 wieder wettgemacht wurde.



Real hat die Ausfuhr in diese Ländergruppen wahrscheinlich aber weiter abgenommen. Die Ausweitung der nominalen Exporte in die Staatshandelsländer beruhte zudem hauptsächlich auf vermehrten Lieferungen in die Sowjetunion; dabei dürften Bezüge angesichts des geplanten Handelsboykotts der westlichen Industrieländer als Reaktion auf die Afghanistan-Besetzung vorgezogen worden sein.

. . . wieder so kräftig wie die Einfuhr aus dieser Ländergruppe

Die Einfuhr aus den EG-Ländern stieg — wie schon im Jahresendquartal 1979 — nur wenig. Der Exportüberschuß gegenüber dieser Ländergruppe hat sich deutlich erhöht. Mit Ausnahme Großbritanniens und Dänemarks war die Zunahme der Einfuhr aus den EG-Ländern merklich geringer als das Expansionstempo der gesamten Einfuhr. Die verstärkten Importe aus Großbritannien erklären sich allein aus den Erdöllieferungen; der Anteil des Erdöls an den gesamten Einfuhren aus diesem Land betrug im Jahre 1979 bereits ein Fünftel. Der seit Jahresbeginn 1979 zu beobachtende Abbau des deutschen Exportüberschusses gegenüber Großbritannien hat sich nach der Jahreswende nicht fortgesetzt. Die starke Exportausweitung hat im Gegenteil wieder zu einer, wenn auch geringen, Erhöhung des Überschusses geführt.

Beschleunigt steigende Preise haben die nominalen Einfuhren aus den OPEC-Ländern erheblich anschwellen lassen. Das Handelsbilanzdefizit gegenüber dieser Ländergruppe ist aber dank des ebenfalls kräftig erhöhten Exports nicht mehr so stark gestiegen wie im Jahresendquartal 1979. Der Importüberschuß gegenüber den OPEC-Ländern betrug allerdings im ersten Quartal 1980 saisonbereinigt knapp 4 Mrd. DM; das ist schon die Hälfte des Defizits im gesamten Jahr 1979.

Weit überdurchschnittlich nahmen die Bezüge aus der Schweiz und den USA zu. Dazu dürften vor allem vermehrte Importe von Investitionsgütern beigetragen haben. Die Zunahme der Importe aus den USA war annähernd doppelt so kräftig wie die Expansion der Exporte dorthin. Das seit den Sommermonaten 1979 bestehende Defizit im Handel mit den USA hat sich dabei erneut vergrößert. Bemerkenswert ist die rückläufige Entwicklung der Einfuhr aus den Staatshandelsländern und dabei insbesondere aus der Sowjetunion.

Abschwächung des Importanstiegs von Fertigwaren

Eine gegenüber dem Jahresendquartal 1979 deutlich langsamere Zunahme kennzeichnete — real und saisonbereinigt — die Entwicklung der Bezüge von Fertigwaren. Dabei sind die Einfuhren von Fertig-

waren-Vorerzeugnissen, das sind vor allem chemische Grundstoffe sowie Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie, kaum noch gestiegen. Unter den Fertigwaren-Enderzeugnissen nahm die Einfuhr von Investitionsgütern weiterhin lebhaft zu; dies gilt insbesondere für elektrotechnische Investitionsgüter. Die Erhöhung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum betrug rund 26 vH. Die Einfuhren von Verbrauchsgütern sind dagegen insgesamt nur wenig ausgeweitet worden. Die Einfuhr von elektrotechnischen Verbrauchsgütern zeichnete sich aber durch ein weiterhin hohes Wachstumstempo aus.

Die im zweiten Halbjahr 1979 zu beobachtende Tendenz sinkender Bezüge von Erdöl hat sich nach der Jahreswende nicht fortgesetzt: Die Einfuhr von Erdöl hat – wenn auch geringfügig – zugenommen. Deutlich gestiegen sind die Importe von Mineralöl-erzeugnissen; dabei dürften die relativ niedrigen Preise in den Monaten Februar und März eine Rolle gespielt haben. Bei den Bezügen von Rohstoffen und Halbwaren (ohne Erdöl und Mineralöl-erzeugnisse) hat die kräftige Expansion mit unvermindertem Tempo angehalten. Offensichtlich hat zum Verlauf nach der Jahreswende der Vorratsaufbau aufgrund der Erwartung steigender Preise wie auch befürchteter Verknappungen beigetragen.

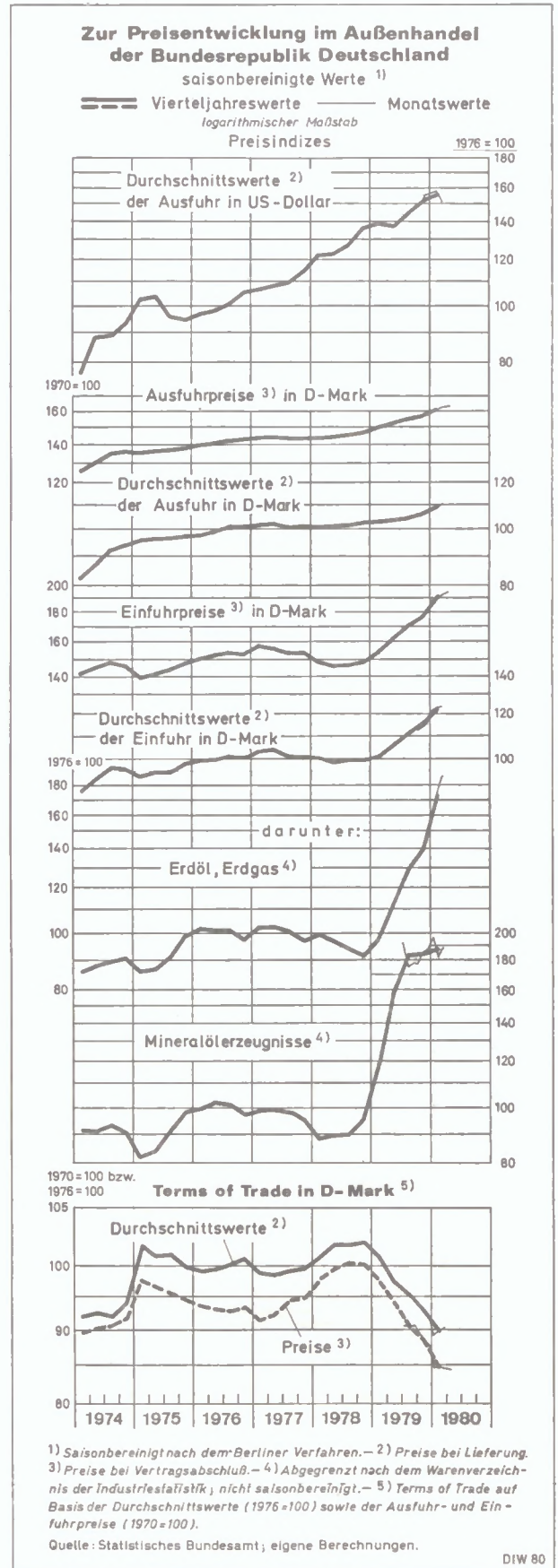
Anhaltende Verschlechterung der Terms of Trade

Die Ausfuhrpreise (Durchschnittswerte) sind im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt beschleunigt gestiegen; die Verteuerung der Exporte betrug, auf DM-Basis gerechnet, knapp 3 vH. Mehr als doppelt so kräftig haben sich indes die Einfuhren verteuert. Die Relation der Ausfuhr zu den Einfuhrpreisen (Terms of Trade) hat sich erneut erheblich verschlechtert. Ausschlaggebend dafür war der sprunghafte Preisanstieg beim Erdöl. Der Importpreis für Erdöl (Durchschnittswert; zuzüglich Erdgas) hat sich im ersten Quartal 1980 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode fast verdoppelt. Die Verteuerungen beim Handel mit Fertigwaren blieben bisher vergleichsweise gering, die Terms of Trade waren hier nahezu unverändert.

Ausblick

Der Auftragseingang aus dem Ausland beim gesamten verarbeitenden Gewerbe ist im Durchschnitt des ersten Quartals dieses Jahres kräftig gestiegen. Besonders hoch waren die Bestellungen im Verbrauchsgüter- und Grundstoffbereich. Allerdings folgen die Ausfuhren in diesen Branchen wegen der relativ kurzen Lieferzeiten dem Auftrags- eingang rasch.

Die reale Ausfuhr ist im März/April 1980 im Vergleich mit den beiden vorangegangenen Monaten



saisonbereinigt sogar deutlich zurückgegangen. Das Niveau des Exports lag aber noch über dem des vierten Quartals 1979. Ebenfalls rückläufig war im März/April der Bestelleingang aus dem Ausland. Dies ist wohl zum Teil als Reaktion auf den außergewöhnlich starken Anstieg in den Monaten davor zu werten; zum Teil deutet sich darin aber wohl auch an, daß der Export auf den von der Konjunktur im Ausland vorgezeichneten flachen Wachstumspfad einschwenkt.

Bei der Wareneinfuhr werden die bisher vom Lageraufbau ausgehenden Impulse weiter nachlassen. Für die Entwicklung der realen Wareneinfuhr in den kommenden Monaten deutet sich deshalb Stagnation an; das Ergebnis der entsprechenden Vorjahreszeit dürfte im zweiten Viertel dieses Jahres indes noch deutlich übertroffen werden.

Der Preisanstieg im Außenhandel (Kontraktpreise) hat sich zuletzt etwas abgeschwächt. Allerdings blieb das Tempo des Preisanstiegs hoch. Die Steigerung der Einfuhrpreise war weiterhin erheblich größer als die der Ausfuhrpreise. Die Terms of Trade werden sich daher im Durchschnitt des zweiten Quartals 1980 voraussichtlich weiter verschlechtern. Der nominale Überschuß in der Handelsbilanz wird saisonbereinigt wieder zurückgehen und allenfalls gerade ausreichen, das Defizit der Dienstleistungsbilanz, nicht aber auch das der Übertragungsbilanz zu kompensieren. Das Leistungsbilanzdefizit dürfte im zweiten Quartal dieses Jahres bei steigendem Ausgabenüberschuß in der Übertragungsbilanz saisonbereinigt eher noch etwas höher ausfallen als im ersten.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Heft 2/79. 108 S. DM 62,60.

Amtseinführung von Professor Dr. Hans-Jürgen Krupp

Dr. Hellmuth Wagner

Dietrich Stobbe

Dr. Otto Graf Lambsdorff: Wirtschaftspolitik — Herausforderung für die Wirtschaftsforschung

Professor Dr. Hans-Jürgen Krupp: Konjunkturpolitik und Strukturwandel als Probleme empirischer Wirtschaftsforschung

Zum Investitions- und Finanzierungsbedarf eines beschäftigungsorientierten europäischen Finanzausgleichs. Budgetäre Redistributionswirkungen und Integrationsimpulse in einer präförderativen Phase der Europäischen Gemeinschaft. Von *Fritz Franzmeyer* und *Bernhard Seidel*. —

Zinsvorstellungen und Verzinsungsperiode in ausgewählten Zinstheorien. Von *Eirik Svindland*. —

Saisonschwankungen im innerdeutschen Handel. Von *Horst Lambrecht* und *Hans-Martin Duseberg*. —

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/79. 152 S. DM 82,60.

Elementare Probleme der Analyse der Geldmengenpolitik bei rationalen Erwartungen. Von *Eirik Svindland*. —

Ökonomische Aspekte der Industrie-, Betriebs- und Arbeitssoziologie in der DDR. Von *Angela Scherzinger*. — Wie rigide sind die Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft? Zum Konzept der abgestuften Integration. Von *Fritz Franzmeyer*. —

Wachstumsfördernde und wachstumshemmende Effekte der Integration der DDR in den RGW. Von *Jochen Bethkenhagen* und *Horst Lambrecht*. —

Zur Frage der Substitution von Mineralöl durch andere Energieträger. Dargestellt am Beispiel der Energiewirtschaft eines Bundeslandes. Von *Urs Dolinski* und *Klaus-Dieter Labahn*. —

Ausländer in Berlin. Demographische Perspektiven bis zum Jahre 2000. Von *Ingo Pfeiffer*. —

Kurzberichte: Gutachten-Dokumentation. —

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung. Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen 1978.

Heft 4/79. 128 S. DM 74,—.

Wird das Wirtschaftssystem der DDR durch vermehrte Kombinatbildung effizienter? Von *Manfred Melzer*, *Angela Scherzinger* und *Cord Schwartau*. —

Zur Fischereipolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Von *Peter Hrubesch*. —

Die Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld zwischen Koordinierungsbedarf und Planungsautonomie. Von *Herwig Birg*. —

Feineinstellung ökonomischer Modelle — Einige Erfahrungen mit der Berliner Version des Bonner Prognoseystems. Von *Jürgen Blazejczak*. —

Inflation, Zins und Kreditlaufzeiten. Von *Eirik Svindland*. —

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Entwicklungstendenzen der Welt-Rohstahlerzeugung und der Versorgung mit Eisenerz bis zum Jahre 1990. Bearbeitet von Priem/Wettig. —
Nur vorübergehende Exportbelegung. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.